

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4153) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. exkl. Postgebühren.

Chefredaktion:  
**Dr. Bruno Schoenlant.**

Inserate werden die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Kleinanzeigen 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszeit 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Leipzig, 21. Februar.

Die Ausgaben des deutschen Reiches haben sich in den beiden letzten Jahrzehnten ungeheuer gesteigert. 1874 beliefen sich die fortwährenden Ausgaben noch auf 844 Millionen Mark, 1886 waren es schon 607 Millionen und 1895 präsentierten sie sich zu 1106 Millionen angeschwollen. Dazu kommen noch die außerordentlichen resp. einmaligen Ausgaben, mit denen das Reichsbudget von 1895/96 die Summe von über 1239 Millionen Mark erreicht. Davon hat mehr als die Hälfte, nämlich 627 Mill., das deutsche Volk an Zöllen und Verbrauchssteuern aufzubringen, d. h. durch Abgaben, die von Bier, Tabak, Zucker, Salz und Branntwein, sowie von den aus dem Ausland eingeführten meist unentbehrlichen Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen erhoben werden. Von den 1239 Millionen werden gegen 600 für das Reichsheer und für die kaiserliche Marine verwendet.

Nun glaube man aber nicht, daß die Sache dabei ihr Werden hat, das so angeschwollene Budget, das an allen Nähten zu platzen droht, kann den Militarismus immer noch nicht zufrieden stellen. Es finden regelmäßig Ueberschreitungen der bewilligten Ausgaben statt, und zwar geschieht dies, wie selbstverständlich, meistens von Seiten der Heeresverwaltung.

Nun denken auch wir nicht so kleinlich, daß wir etwa der Meinung wären, ein so riesenhaftes Budget ließe sich festhalten, ohne daß jemals die Anfänge um eines Pfennigs Höhe überschritten zu werden bräuchten. Die Schwankungen des Warenmarktes machen sich selbstverständlich auch hier geltend. Die Verwaltung der Reichsarmee ist zwar ein guter Kunde für die Händler mit Lebensmitteln; aber wenn die Lebensmittelpreise steigen, so muß auch die Heeresverwaltung daran glauben. Sie ist dem Spiel und den Berechnungen der Spekulation eben so viel oder vielleicht noch mehr ausgesetzt, als andere Käufer. Wenn die Händler wissen, daß die Heeresverwaltung ihre Ware haben muß, so verständigen sie sich, um ein Gewisses über die im Budget dafür angelegten Summen hinauszugehen. Dann wird der Etat überschritten und die Herren Händler haben den Profit lachend in der Tasche. So geht es oftmals bei der Lieferung von Lebensmitteln und namentlich bei dem Einkauf von Pferden.

Diesen Unzuträglichkeiten soll nun die Rechnungs-Kommission des Reichstages steuern. Sie könnte es auch ganz gut, wenn sie wollte, denn sie hat das ganze Rechnungswesen und auch die etwaigen Etatsüberschreitungen

zu prüfen. Aber hier zeigt sich wieder die zarte Rücksichtnahme der bürgerlichen Parteien gegenüber dem Militarismus. Die Kommission hat bis zu diesem Jahr nicht ein einziges Mal einen ernsthaften Versuch gemacht, den Etatsüberschreitungen zu steuern. In den Mitteilungen seitens der Heeresverwaltung befinden sich einige stereotype Redewendungen, so z. B. die, daß „die organische Fortentwicklung der Armee“ die Ueberschreitungen des Etats notwendig mache. Wenn sich die Kommission mit dieser vortrefflichen Auskunft nicht begnügt, so konnte sie sich an die verschiedenen Regierungskommissäre wenden, die ihr dann haarfein auseinanderzusetzen, warum die Mehrausgaben absolut unvermeidlich gewesen sind. Und die Kommission erklärte sich, mit Ausnahme der sozialdemokratischen Mitglieder, von den Auskünften auch gewöhnlich befriedigt. Die bürgerlichen Parteien waren bisher der Ansicht, daß, wenn die Ausgaben, wenn sie einmal gemacht sind, man sie nicht mehr ablehnen kann, was eigentlich als eine förmliche Ermutung zu weiteren Etatsüberschreitungen angesehen werden muß. Aber die „organische Fortentwicklung der Armee“ ist auch ein Zauberwort für „Patrioten“ und Kapitalisten, die in der Armee die letzte eiserne Klammer erblicken, durch welches die zerbröckelnde bürgerliche Gesellschaft zusammengehalten wird.

Der Standpunkt der Sozialdemokratie zu diesen Dingen ist ein sehr einfacher. Unsere Abgeordneten stimmen bekanntlich gegen den ganzen Etat des Reiches und zwar aus prinzipiellen Gründen. Sie mißbilligen und bekämpfen die Politik der verbündeten Regierungen und sie verweigern konsequenterweise auch die Mittel zur Durchführung dieser Politik. Im Anschluß daran können sie auch den Etatsüberschreitungen nicht zustimmen.

Inzwischen ist dann doch auch die Mehrheit der Rechnungs-Kommission von der bisher beobachteten Politik abgekommen.

Die Etatsüberschreitungen waren in der letzten Zeit enorm hoch, so daß auch sonst sehr zahme Mitglieder der Kommission ein wenig wild wurden. Wären es geringere Summen gewesen, so hätte man sich wohl wieder darüber geeinigt. Aber die Ueberschreitungen des Budgets für 1894/95 betragen im ganzen 40 Millionen Mark und ein großer Teil derselben war „im Interesse der organischen Fortentwicklung der Armee“ gemacht worden; auch beim Einkauf von Remontepferden war die Anschlagssumme kolossal überschritten worden.

Nun wendeten die Finanzmänner die Sache so, daß sie

behaupteten, die Ueberschreitungen betrügen zwar nominell 40 Millionen, in Wahrheit aber nur 17 Millionen, da das übrige durch die Ueberschüsse aus Zöllen und Steuern ausgeglichen wäre. Dieser Auffassung können wir darum nicht zustimmen, weil wir nicht der Ansicht sind, daß solche Ueberschüsse ohne weiteres dafür bestimmt sind, die Ueberschreitungen des Etats durch die Heeresverwaltung zu decken. Diese Ueberschüsse sind doch nicht herrenlos, sondern die Budgetkommission hat über deren Verwendung zu bestimmen. Wir haben doch auch noch andere Faktoren im Staatsleben, die Geld brauchen, als die Heeresverwaltung.

Die Kommission für das Rechnungswesen hätte die 40 Millionen Etatsüberschreitungen an die Budgetkommission zurückverweisen und ebenso die Verwendung der Ueberschüsse aus Zöllen und Verbrauchssteuern der Budgetkommission anheimstellen sollen. Das that sie nun freilich nicht, aber sie schwang sich zu einer „heroischen“ That auf; sie hat die nachträgliche Genehmigung verweigert für eine Etatsüberschreitung im Betrage von etwa 400000 Mark, die durch Verschönerung im Artillerie- und Waffenwesen verursacht worden ist. Was dabei herauskommt, ist abzuwarten; aber jedenfalls ist das Eis einmal gebrochen und die Urheber der Ueberschreitungen werden sich nun endlich vor dem Reichstage zu verantworten haben. Nationalliberale Blätter beugen bereits der Annahme vor, als dächte jemand daran, die Urheber der Ueberschreitungen persönlich haftbar zu machen und von ihnen die Mehrerträge zurückzufordern. Das wird diesmal kaum geschehen; wenn aber der Reichstag künftige Etatsüberschreitungen verhüten will, so wird er aussprechen müssen, daß in Wiederholungsfällen dies Radikalmittel angewendet werden wird.

Bei der Zwillingsschaft von Militarismus und Kapitalismus wird man dies kaum erwarten dürfen, und wenn der Parlamentarismus und Militarismus zusammenstoßen, so stößt leider der irdene Topf mit dem eisernen zusammen.

## Politische Uebersicht.

Der letzte Kampf unter dem sächsischen Wahlgeiz, der 1867 hat mit einem glänzenden Siege der Sozialdemokratie geendet. Aus Meerane wird uns vom 20. Februar geschrieben:

Die heute stattgehabte Wahl im 14. städtischen Wahlkreis, Meerane-Waldenburg hat trotz aller aufgewendeten Mühe der Ordnungsmänner mit dem Siege unseres Genossen Grünberg-Gartha geendet. Er erhielt insgesamt 2520 Stimmen, sein Gegner, der Exreaktionär Stadtrat Friedemann-Vimbach, der Haupturheber

## Seuilleton.

Nachdruck verboten.

### Die Entgleisten.

Eine Katastrophe in sieben Tagen nebst einem Vorabend von Ernst von Wolzogen.

„Sie können mir die Taschen umdrehen, Herr Doktor, ich habe keinen Pfennig. Wir haben ja auch die Gehaltsauszahlung postumorando ausgemacht. Kontraktlich sind Sie überdies verpflichtet, mindestens ein halbes Jahr auszuhalten; aber wenn Sie durchaus nicht wollen, wenn Sie fort müssen...“

Nach kurzer Pause fuhr der Direktor fort:

„Sie haben sich wohl politisch kompromittiert, nicht wahr? Mir schwant so etwas. Na wissen Sie, meinestwegen brauchen Sie sich nicht zu fürchten. Ich bin selbstverständlich Königstreu bis zum letzten Blutstropfen; aber ich lasse auch jedermann seine Ueberzeugungen, wenn sie nicht gerade den Zwecken meines Institutes zuwiderlaufen. Haben Sie etwa polizeiliche Verfolgung zu befürchten?“

Doktor Huhn mußte lächeln.

„Nein, das nun gerade nicht. Ich habe bisher noch keiner Fliege etwas zu Leide gethan, noch auch den geringsten silbernen Höffel gestohlen. Aber verfolgt werde ich allerdings — von einer schlimmeren Gewalt noch als von der Polizei.“

„Ach so, verstehe! Warum haben Sie das nicht gleich gesagt?“ rief der Mittelmeister aufspringend und dem Doktor verständnisinnig die Hand drückend. „Die verdammten

Manichäer, wie? Ich wollte, ich könnte mit auskneifen. Aber na — für mich hat's ja am Ende auch keinen Zweck mehr. Meine ganze Existenz... ah, nun ja, was liegt daran! Wenn mein alter Kaiser tot ist, mag meinestwegen dies Kartenhaus hier auch zusammenpurzeln. Es langt am Ende noch zu einer Drehorgel, wenn ich alles verkloppe. Mein Vottchen hat ja 'n bißchen Stimme und meine Alte kann mit dem Keller 'rumgehen.“

Er war ans Fenster getreten, um sein zuckendes Gesicht und seine nassen Augen zu verbergen. Jetzt winkte er mit der Hand hinter sich und sagte matt und gleichgültig:

„Wenn's denn also geschieden sein muß, so gehen Sie mit Gott. Es war mir eine Ehre, lieber Doktor. Lassen Sie sich's anderswo besser gehen.“

Doktor Huhn trat auf ihn zu, drückte ihm stumm bewegt die Hand und verließ dann leisen Schrittes, wie man von einem Kranken geht, das Zimmer. —

Grau, dunkel, trübselig schlich der Tag dahin. Auch bei Tisch gab es noch kein heiteres Gesicht zu sehen. Der Mittelmeister gab sich gar keine Mühe mehr, seine tiefe Niedergeschlagenheit zu verbergen. Das Antlitz seiner Frau erschien wie versteinert und Fräulein Charlotte sah man es an, daß sie viel geweint hatte. Ebenso der kleinen Lisbeth — und der arme Harro von der Lillie, der neben ihr saß und natürlich sich selber für die Ursache ihres Kummers hielt, war durch diese traurigen Folgen seiner Kühnheit demmaßen im Innersten erschüttert, daß er nur mit Aufgebot seiner letzten Kraft die Lehnen, die ihm selber aufstiegen, zurückzudrängen vermochte. Der Gouverneur war gar nicht zur Tafel erschienen.

Das Gespräch drehte sich fast ausschließlich um die Krankheit der Kaisers, und es war allen sehr willkommen,

ihre eigenes Leid so mit der allgemeinen Trauer bemänteln zu können.

Bergeblisch versuchte der Knabe Harro sowohl bei Tisch wie nachher beim Auseinandergehen durch Blicke und unhörbar geflüsterte Worte Lisbeth deutlich zu machen, daß er mit ihr sprechen müsse — sie achtete gar nicht auf ihn. Sollte ihr der hartherzige Vater verboten haben, je wieder ein Wort mit ihm zu wechseln. Tief traurig schlich sich der gute Junge davon, um, wie es in seiner jüngsten Elegie hieß, „an der Toten stillen Orte“ seinem Schmerz weiter nachzuhängen und die geknickte Blüte seiner Hoffnung mit heßigen Zähnen zu benezen.

Zur Dämmerstunde stellte sich Fräulein Charlotte in Doktor Huhns Dachzimmer ein, das Haar zerzaust, die Augen verweint und schier atemlos vor Aufregung. Das große starke Mädchen war ganz außer sich vor Angst und Kummer um die Eltern. Unklar, verworren, sich fortwährend wiederholend und überstürzend, versuchte sie eine Scene trostloser Verzweiflung zu schildern, die eben zwischen ihren Eltern stattgefunden hatte. Die Mutter hatte erklärt, sie ginge ins Wasser, und der Vater war schließlich gar hinaufgelaufen zum Lieutenant von Britzler, um den „um einen letzten Liebesdienst zu ersuchen“. Sie glaube, er habe die Absicht, sich zu erschießen. Sie jammerte und schluchzte und flehte um Rat und Hilfe, bald die kleine Lisbeth, bald den Doktor Huhn selber am Arme greifend, sich abwechselnd an die beiden anklammernd.

„So beruhigen Sie sich doch, liebes Fräulein,“ versuchte der Doktor sie zu trösten. „Es wird gewiß nicht gleich zum schlimmsten kommen. Warten Sie, ich will hinübergehen zu Herrn von Britzler und versuchen, was ich ausrichten kann.“ Damit ging er hinaus und ließ die beiden Mädchen miteinander allein. (Fortsetzung folgt.)

der dortselbst eingeführten Dreiklassenwahl für die Stadtverordneten, brachte es nur auf 2201 Stimmen. Und wie haben die Herren „gearbeitet“!

Bei der letzten Wahl erhielt der sozialdemokratische Kandidat 1773, der Kartellkandidat 1873 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war diesmal, unter dem Einflusse der Wahlrechtsbewegung, weit stärker; unsere Stimmen wuchsen um 43 Prozent.

Gerade recht vor Beginn der zweiten Lesung des Wahlrechtentwurfes hat das arbeitende Volk sein vernichtendes Urteil über die Widersacher des sozialen und politischen Fortschritts gefällt.

Am 20. Februar zeigte es sich, wie das Attentat auf das allgemeine Wahlrecht die Gemüter erregt, die Massen aufgerüttelt hat.

Der Stab wurde über den Ordnungskübel der Dreiklassenwahlpatrioten gebrochen, die aus schlotternder Angst vor der sozialen Bewegung das elendeste aller Wahlsysteme dem sächsischen Volke octroyieren werden.

Des Volkes Stimme ward laut und unzweideutig vernommen, die Empörung der Unterdrückten fand ihren Ausdruck in dem Wahlsreit, dessen Ergebnis der Sieg der Verfolgten, der mit Achtung Bedrohten, der Sozialdemokraten war.

Aber blind und taub ist die Reaktion für diese Alarmzeichen, für diese Mahnungen, für diese Kundgebungen des werthätigen Volkes.

Unser der Sieg! Der schlagende Beweis, daß das Volk hinter uns steht, daß es unseren Fahren folgt, ist wieder einmal erbracht. Werden die Herrschenden nicht doch daraus lernen, daß all ihre Anschläge nutzlos sind, daß ihr Hoffen nutzlos, ihre Wahlentrechtung ein Schlag ins Wasser ist?

Verblendet sind die Wortführer der herrschenden Klasse. Vor Thoreschluß noch ertönt ein Warnungssignal, die Ziffern des Meeraner Wahlsieges sprechen eine einbringliche Sprache.

Es ist umsonst, das Verhängnis geht seine Bahn. Wir können getrost den Wahlrechtsinsturz abwarten. Der Reaktionsäre endliches Schicksal aber ist besiegelt.

Es ist der Krach, das Ende mit Schrecken.

Der Pulverring hat dem Reiche das in den drei Jahren 1890-93 bezogene Pulver um 3022492.69 Mark höher berechnet als anderen Abnehmern. Dieser sündenmäßige Profit, der aus dem armen Volke durch indirekte Steuern ausgepreßt werden muß, wandert in die Taschen der Aktionäre. Außerdem aber hat Herr Dittenshofer 1890-93 außer der Dividende 742035 Mark Vergütung erhalten, ebenso viel wohl Herr Heidemann. Krupp in Essen hat sich 560573 Mark bezahlet lassen dafür, daß er das Pulver billiger bezieht als der Staat, der Dynamitkönig Nobel hat 618235 Mark abbekommen, die drei zusammen also in drei Jahren 417412 Mark. Und für welche Arbeit? Ja, danach fragt das bedrückte Volk vergebens.

Deutsches Reich.

Schutz für die Konfektionsarbeiter, amtliche Erhebung.

Die Bewegung der Konfektionsarbeiter trägt Früchte. Der Druck von außen wirkt. Die amtliche Berliner Korrespondenz schreibt: In der Sitzung des Reichstags vom 12. d. M. hat der Staatssekretär des Innern bei Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Freiherr Heyl zu Herrnsheim und Genossen, betreffend die Verhältnisse der Arbeiterinnen in der Wäschefabrikation und der Konfektionsbranche, mitgeteilt, daß Maßregeln zur Besserung der in diesen Betrieben bestehenden Zustände in der Vorbereitung begriffen seien. Es besteht zunächst die Absicht, in Ausführung des § 154, Absatz 3 und 4 der Gewerbeordnung die Vorschriften der §§ 135 bis 139 b über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern, die gegenwärtig nur für Fabriksbetriebe gelten, auch auf die Werkstätten zur Anwendung zu bringen, in denen die Anfertigung von Kleidern oder Wäsche stattfindet. Sodann ist der Kommission für Arbeiterstatistik die Aufgabe gestellt worden, mit thunlichster Beschleunigung nach anderen Gesichtspunkten die Lage der Arbeiterinnen in der Konfektionsbranche und der Wäschefabrikation näher aufzuklären.

Bekanntlich beschränken sich die neuerdings laut gewordenen Beschwerden nicht auf die übermäßig lange Dauer der Arbeitszeiten, sondern betreffen auch eine Reihe anderer in den betreffenden Betriebszweigen hervorgetretener Mißstände. Insbesondere wird darüber Klage geführt, daß die gesundheitlichen Verhältnisse in den Werkstätten und in den Wohnräumen der Heimarbeiterinnen ungünstig seien und hierdurch nicht allein die Gesundheit der Arbeiterinnen geschädigt werde, sondern auch eine Gefährdung der Gesundheit des Publikums herbeigeführt werden könne, das die unter so ungünstigen sanitären Verhältnissen hergestellten Waren in Gebrauch nehme. Ferner wird geltend gemacht, daß das System der Zwischenmeister, durch deren Vermittlung in der Konfektionsbranche die Ueberweisung der Arbeit zu geschähten pflegt, empfindliche Lohnkürzungen und Uebervorteilungen für die Arbeiterinnen mit sich bringe.

Endlich wird nicht nur über die geringe Höhe der Löhne, sondern vielsach auch über Unregelmäßigkeiten und Verzögerungen bei der Lohnzahlung, über Weiterungen bei der Aushändigung der Arbeit und der Entgegennahme der fertig gestellten Waren sowie über sittliche Mißstände geklagt, die im Verkehr der Arbeiterinnen mit ihren Auftraggebern vorkommen sollen.

In allen diesen Richtungen soll die Kommission für Arbeiterstatistik die erforderlichen Ermittlungen unter Zuziehung von Kunstverständigen aus den beteiligten Kreisen vornehmen und über das Ergebnis sich gutachtlich äußern. Es darf erwartet werden, daß die Untersuchung, die ungesäumt und soweit erforderlich unter Zuziehung anderer Arbeiten der Kommission in Angriff genommen werden soll, wesentlich dazu beitragen wird, die großen Schwierigkeiten zu überwinden, die der Bekämpfung der vorhandenen Mißstände entgegenstehen. Hoffentlich wird die Erhebung praktischen Nutzen haben. Positive Schutzmaßregeln sind dringend nötig.

Parlamentarischer Brief.

B. Berlin, 20. Februar. Der Reichstag erlebte heute bei der Fortsetzung der Beratung des Militäretats ein kleines parlamentarischer Ereignis. Die Budgetkommission hatte die von

der Regierung vorgeschlagene Erhöhung des Reservefonds an Verpflegungsmitteln für die Landwirtschaft gestrichen. Heute beantragte der Abgeordnete Lieber ziemlich unerwartet die Wiedereinstellung dieses Postens in den Etat. Bei der Abstimmung trennte sich der demokratischere Teil seiner Fraktion von ihm und stimmte mit den Sozialdemokraten und Freisinnigen gegen den Lieber'schen Antrag. Das Ergebnis der Abstimmung erschien dem Bureau zweifelhaft und es mußte zum sogenannten Hammersprung geschritten werden. Dabei stellte es sich heraus, daß das Haus beschlußunfähig war. Es blieb nichts weiter übrig, als die Sitzung zu schließen und eine neue Sitzung um eine Viertelstunde später anzuberufen, worüber sich niemand so herzlich freute als die amtlichen Stenographen, die bekanntlich für jede Sitzung honoriert werden, heute also den doppelten Tagelohn (36 M.) verdienen. Da auch in der zweiten Sitzung das Haus nicht besser besetzt war als in der ersten, mußte die Abstimmung über den Lieber'schen Antrag verschoben werden. So verließ das kleine parlamentarische Ereignis, das übrigens beinahe das einzig Erwähnenswerte aus der Verhandlung ist. Der Militäretat wurde schließlich bis auf einige Resolutionen der Budgetkommission, über die noch verhandelt werden muß, erledigt. Ob am Sonnabend bereits die angekündigte Pause von einer Woche eintritt, ist zweifelhaft geworden. Der Circus macht sich bemerkbar: Die Agrarier drängen mit aller Gewalt darauf, daß die Zuckerversteuerung noch vorher erledigt wird, und wenn auch heute der Versuch, sie schon zu morgen auf die Tagesordnung zu setzen, abgeschlagen worden ist, so erscheint es doch zweifelhaft, ob die Junker schließlich doch noch im Bunde mit den Nationalliberalen und eines Teiles des Centrums ihren Willen durchsetzen.

\* Berlin, 21. Februar. Die Voruntersuchung gegen den Herrn v. Hammerstein ist gestern abgeschlossen worden. — Bei der gestrigen Vorstandswahl in der Abteilung Berlin der deutschen Kolonialgesellschaft wurden zum Vorsitzenden Dr. Peters, zum zweiten Vorsitzenden Ministerresident Dr. Göring, zum dritten Vorsitzenden Fabrikant Sumpf und zum Schriftführer Dr. Große gewählt. Peters ist der Apostel des „uferlosen“ Flottenollers. —

\* Eine Reihe nolleidender Zuckermagnaten führt die Freisinnige Zeitung auf, die sich jetzt um die Liebesgabe von sechzig Millionen Mark auf Kosten der Gesamtheit bewerben, darunter: Zuckerfabrik Barbis a. d. Elbe. Besitzer: Amtsrat A. v. Dieze. In den Jagdgründen des Herrn v. Dieze hat bekanntlich die Agitation für die Zuckerversteuerung im Jahre 1893 ihren Anfang genommen. Die Zuckerversteuerung ist nicht angegeben. Dagegen ist eine Nebenmenge von 420000 Doppelzentner als verarbeitet angegeben. — Zuckerfabrik Belleben. Besitzer: Staatsminister v. Wedell-Biesdorf mit Legationsrat v. Remmann und Fabrikbesitzer Hahnemann. Rohzuckerproduktion 58100 Doppelzentner. — Aktiengesellschaft Bernstadt i. Schlef. Vorsitzender: Graf A. Koszowski. Produktion 138000. — Diechdorf: Privatbesitzer: Rittergutsbesitzer Georg v. Kramitz. Rohzuckerproduktion nicht angegeben, Nebenverarbeitung 800000. — Eichenbarleben. Besitzer Kammerherr v. Krosigk und Rittergutsbesitzer v. Weltheim. Rohzuckerproduktion 56400. — Jaulbrück. Besitzer: Vier Freiherrn v. Nischhofen. Nebenverarbeitung 406656. — Gühran. Aktiengesellschaft. Vorsitzender: Graf Carmer. Rohzuckerproduktion 124478. — Gutsow. Besitzer: Graf v. Schönburg-Glauchau. Nebenverarbeitung 143030. Gutschdorf. Besitzer: ebenfalls vier Freiherrn v. Nischhofen. Produktion 220000 Raffinade, Nebenverarbeitung 673010. — Helmsdorf, offene Handelsgesellschaft. Kammerherr v. Stromberg, Baron v. Krosigk, Oberamtmann Hörning. Nebenverarbeitung 663884. — Hoheneyleben. Besitzer: Schlosshauptmann v. Krosigk, Kammerherr v. Krosigk und Schlosshauptmann v. Krosigk. Nebenverarbeitung 731400. — Mettenborn. Besitzer: Geheimrat Kommerzienrat Schüller und Stene. Nebenverarbeitung 686226. — Lebus. Besitzer: Heinrich v. Gausauge. Zuckerverproduktion 41606. — Murena, offene Handelsgesellschaft. Zwei Herren v. Krosigk und zwei andere Teilnehmer. Zuckerverproduktion 30000. — Neu-Beesen. Besitzer: Amtsrat Hans Dieze. Rohzuckerproduktion 26500. Nebenverarbeitung 590980. — Groß-Peterwitz. Besitzer: Abgeordneter Graf zu Limburg-Stirum. Nebenverarbeitung 323500. — Polnisch-Peterwitz, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Vor: Geh. Kommerzienrat Websky. Rohzuckerproduktion 69000. Brenzlau, Aktiengesellschaft. Vorsitzender: Graf v. Arnim. Rohzuckerproduktion 145000. — Puschlau: Besitzer: Frau v. Kramitz. Nebenverarbeitung 685000. — Quey. Bes.: Otto v. Grävenitz. Nebenverarbeitung 220230. — Rosenthal. Besitzer: Gebr. Schüller in Breslau. Nebenverarbeitung 655670. — Notha. Besitzer: Fürst zu Stolberg-Notha. Statistik fehlt. — Schwölz. Besitzer: Karl v. Wallenberg-Waldth. Straßburg i. N., Aktiengesellschaft. Vorsitzender: Graf v. Arnim-Güterberg. Rohzuckerproduktion 164000. — Szymborze. Besitzer: Oberpräsident v. Wislawowicz-Milendorf und ein Rittergutsbesitzer. Rohzuckerproduktion 217000. — Wignenburg. Besitzer: Graf v. D. Schlenker-Gesler. Rohzuckerproduktion 75000. — Wadersleben, offene Handelsgesellschaft. Erstes Vorstandsmitglied: S. Hofang. Rohzuckerproduktion 61000. — Zadel, Aktiengesellschaft. Vorsitzender: Rittergutsbesitzer v. Schirfisch. Rohzuckerproduktion 87000. Groß-Zunder. Besitzer: F. Schichan in Elbing. Nebenverarbeitung 573000. Eine außerlebens Gesellschaft von bedürftigen Reichs-Armosenempfängern! —

Auf dem gestrigen Jahresdiner des brandenburgischen Provinziallandtages hat der Kaiser gesprochen. Am Schlusse seiner Tischrede sagte er, er gedenke seines erlauchten Großvaters, dem die Märker einst willig auf seinen Ruf gefolgt seien, wie sie jetzt dem seinen folgen würden. Er denke dabei an die deutschen Frauen und Jungfrauen an denen es liege, tüchtige Männer heranzuziehen. Mit einem Appell an jeden, ob Abgeordneter, ob Bauer, ob Landrat, auf seinen Plaze festzusetzen, endete er. —

Professor Dr. Koser in Bonn ist als Nachfolger Sybels zum Direktor der preussischen Staatsarchive ernannt worden. — Die Klasse des deutschen Biometallistenbundes laboriert an Schwindsucht. Warum helfen die reichen Mitglieder nicht, die Junker und Zunker zu heilen? —

Zum Festeffen am 21. März im Reichstag machte Präsident v. Bnol dem Senatorenkonvent am Donnerstag die nachfolgende Mitteilung über Beschlüsse des Vorstandes: „Am Abend des 21. d. M. soll im Reichstagsgebäude das Essen stattfinden unter Teilnahme ausschließlich von gegenwärtigen und früheren Reichstagsabgeordneten. Durch öffentliche Aufforderung sollen alle früheren Abgeordneten aus allen Sessionen eingeladen, durch persönliche Einladung als Ehrengäste die früheren Mitglieder der Session 1871, das Convent foliet 5 M., die Weine

sind vorhanden aus früheren Ehrengaben. Aus dem Etat des Reichstags werden bestritten die Kosten der Musik und die Convents der Ehrengäste von 1871. Drei Trinkpreise werden ausbezahlt von den drei Präsidenten auf den Kaiser und die verbündeten Fürsten, auf Volk und Reich, auf die Ehrengäste, Johann vom früheren Präsidenten v. Levetzow auf den Fürsten Bismarck wegen seiner Verdienste um die Begründung des Reiches.“ Uns läßt diese Festschere, mit der wir nichts zu thun haben, läßt bis ans Herz hinan.

In wilder Hast soll der Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs durchgepeitscht werden, und die Nationalliberalen schellen jetzt schon über die angeblich von der Kommission geplante Verschleppung. Die Eilfertigkeit der Partei von Bildung und Besitz ist ein Standa. Ueber die Ursache der Heßjagd liest man in der Wochenschrift Die Zukunft: „Brave Männer, die den Winter des Mißvergnügens von der Sonne der Hoffnung erhellt und erwärmt sehen möchten, haben einen feinen Plan ausgedacht und andere Männer, die seit dreißig Jahren und länger sich und die Volksgenossen mit Präservativen füttern, haben ihn bereitwillig unterstützt: der Reichstag soll sich berufen, damit am zehnten Mai, dem Jubeltage des Frankfurter Friedens, das bürgerliche Gesetzbuch fertig und fertig dem Kaiser überreicht werden kann. Solche Faddelläger wünsche sind im Zeichen der illuminierten Politik möglich; solche Erwägungen sollen das Werden des wichtigen Werkes bestimmen, das die nützlichste Gelassenheit und die kühnsten Köpfe verlangt.“

Abgrundtiefe Gemeinheit offenbarte der bekannte Hintermann der Hamburger Nachrichten, als er die Gewalt gegen die Sozialdemokratie predigte. Gegenüber dieser seiner Auslassung, daß es nichts schaden würde, wenn die Sozialdemokratie zu Gewaltthätigkeiten gereizt würde, sieht es fast wie ein Rückzug aus, wenn die Hamb. Nachr. jetzt behaupten, es liege ihnen fern, die Sanierung des ungeordneten Systems, unter dem wir arbeiten, auf gewaltthätigen und blutigem Wege zu erstreben; sie halten sie für erreichbar auf dem Wege der Verwaltung und der Gesetzgebung, wenn die erstere nur damit beginnen wollte, nach Maßgabe der Genauigkeit, die das vorhandene Material bietet, durch amtliche Listen in jeder Gemeinde festzustellen, welche Mitglieder Sozialdemokraten sind oder doch wenigstens sich als solche offen und zweifellos bekennen. Der Alte im Sachsenwalde ist wirklich kühnlich geworden.

Mit dem Zusatz des Phenolphthaleins zur Margarine ist es nicht. Der Post zufolge hat das Reichsgesundheitsamt seinen Bericht über die Ergebnisse von Versuchen über die Einwirkung des Phenolphthaleins in die Margarine und über die Abscheidung des Phenolphthaleins aus der damit verfestigten Margarine gestern der Reichstagskommission zur Vorberatung des Margarinegesetzes überreicht. Das Gutachten gibtst darin, daß der Zusatz von Phenolphthalein zur Margarine, den Professor Soxhlet in München zuerst vorgeschlagen hat, um den Publikum die Unterscheidung von Margarine und Butter zu ermöglichen, praktisch wertlos ist, da durch eine Sodalösung jegliche Spur des Phenolphthaleins entfernt werden kann und die dann auch vom Sodazusatz wieder befreite Margarine in Bezug auf Aussehen und Geschmack gegenüber der ursprünglichen Margarine nicht allein nichts verloren hat, sondern sogar nicht unerheblich gewinnt, nachdem durch die Behandlung mit Soda die säure- und ranzig schmeckenden freien Fettsäuren der Margarine entfernt worden sind. Damit fällt der Antrag Klose hin und die Margarinekommission muß ihn wohl oder übel entfernen. Die Agrarier müssen nun etwas Neues erdenken, um der unbedeuten Margarine etwas zu versehen.

Die heftige zweite Kammer nahm mit 23 gegen 20 Stimmen einen Antrag, betr. die Einführung direkter Landtagswahlen an. Die Regierung ist gegen diesen Antrag. Was sagt die sächsische Landtagsmehrheit zu dieser Beschluß?

z. Aus Schlesien, 20. Februar. Ein recht absonderliches „Keines Mittel“ zur Hebung der Landwirtschaft“ hat die Regierung in Oppeln ausfindig gemacht, diesmal ohne daß die Agrarier dazu selbst Anregung gegeben haben. Zwei Fleischer in Gleiwitz verlaufen seit einiger Zeit das Schweinefleisch für 30 Pfg. pro Pfund und erregten dadurch den Unwillen der dortigen Marktbesitzer, die sich beschwerdeführend an die Regierung wandten. Die Regierung hat die Beschwerde für begründet erachtet und die für ganz Oberschlesien tiefeneinschneidende Bestimmung getroffen, daß in den Schlachthäusern von Wadowitz, Deuthen, Myslowitz und Tarnowitz nunmehr wöchentlich statt 2800 nur noch 1900 Schweine eingeführt werden dürfen. Das macht also eine Verminderung der Einfuhr für Oberschlesien um rund 50000 Stück Schweine jährlich, eine Maßnahme, die ja immerhin geeignet sein mag, die Vieh- und Fleischpreise zu erhöhen, die aber gewiß als im Interesse der ohnehin überaus schlecht genährten industriellen Bevölkerung Oberschlesiens gelegen nicht angesehen werden kann. Solche und ähnliche „Keine Mittel“ wendet man übrigens hier in Schlesien fortgesetzt und seit langem an, um die grollenden und undankbaren Agrarier zu versöhnen.

Straßburg i. Elz., 20. Februar. (Bedingte Verurteilung in den Reichsländen.) Die amtliche Straßburger Korrespondenz veröffentlicht nachstehenden Erlaß des Kaisers an den Statthalter: Auf Ihren Bericht vom 21. Januar d. J. ermächtige ich Sie, die erforderlichen Anordnungen zu treffen, damit solchen zu Freiheitsstrafen verurteilten Personen, deren Begnadigung bei längerer guter Führung in Aussicht genommen werden kann, Aussetzung der Strafvollstreckung bewilligt wird; indem ich in den dazu geeigneten Fällen demnachst Ihren Bericht wegen Erlassung oder Milderung der Strafe entgegennehmen will. Von dieser Ermächtigung soll jedoch vornehmlich nur zu Gunsten solcher erstmalig verurteilten Personen Gebrauch gemacht werden, die zur Zeit der That das 18. Lebensjahr nicht vollendet hatten und gegen die nicht auf eine längere als sechsmonatliche Strafe erkannt ist.

Oesterreich-Ungarn. Die badenische Wahlreform.

Wien, 20. Febr. Auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhanfes stand heute die erste Lesung der Wahlreform-Vorlage. Der Abg. Falkenhayn erklärte, der Klub der Konservativen stehe der Vorlage wohlwollend gegenüber, weil sie das Bestehende unberührt lasse. Der Abg. Perzocjowicz erklärte, der polnische Klub werde für die Zuweisung der Vorlage an den Ausschuss stimmen. Er betont, ein echter brutaler Junker ein Schlägler, die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Interessensvertretung“ und spricht sich — welche Freude für die Schill und Rehner — entschieden gegen das allgemeine Stimmrecht aus. Abg. Graf Schuenburg führt aus, die deutsche Wille würde für die Zuweisung an den Ausschuss stimmen und die

Abgg. Prinz Diehtenstein, der Katholik-Soziale, und Baron Sipanti sprachen sich für ein Wahlrecht auf der Grundlage der Berufsgenossenschaften aus.

Frankreich. Zur Lage.

Paris, 19. Februar. Trotz der immer eindringlicher werdenden Ermahnungen der Opportunisten und Monarchisten verharret Felix Faure gegenüber dem Konflikt in seiner bisherigen neutralen Stellung.

Ein neuer Erfolg des Ministeriums.

Paris, 20. Febr. Die Deputiertenkammer hat heute dem panamistisch gestimmten Senat eine entschiedene Antwort gegeben.

Spanien.

In Madrid sind gestern im königlichen Schlosse einige Patronen geklopft, ohne jemand zu verletzen.

Großbritannien.

Bimetallistisches und anderes Agrarisches im englischen Parlament.

London, 20. Februar. Auf eine Anfrage Haldworths, ob die englische Regierung es abgelehnt habe, mit Deutschland gemeinschaftlich für die Förderung eines internationalen Münzabkommens zu wirken.

Bulgarien.

Es wird fort-umgetauscht!

M. Adju, 21. Februar. (Privattelegramm der Leipziger Volkszeitung.) Der Petersburger Korrespondent der Königlich Preussischen Zeitung.

Amerika.

Einer Nachricht aus Kingsdown auf Jamaica zufolge ist in St. Elisabeth ein Regeraufstand ausgebrochen.

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Die Debatte über das neue Regulativ für die Gemeindeanlagen.

Oberbürgermeister Dr. Georgi kann eine Erklärung über die (gestern in der Leipziger Volkszeitung veröffentlichten) Anträge nicht abgeben, da das Ratkollegium zu ihnen noch nicht feste Stellung nehmen können.

Ichnten diese aber ab und nahmen eine Stala an, die unter der Chiffre D. M. ging. Da sie eine Belastung der untersten und eine Entlastung der anderen Klassen brachte, wurde sie nicht genehmigt, und es blieb nichts anderes übrig, als Zuschläge zur Grundsteuer zu erheben.

Stadtv. Rudolph rügt, daß der Gemischte Steueranschuß so wenig Sitzungen abgehalten habe. Seines Wissens hätten in vier Jahren nur vier Sitzungen abgehalten.

Oberbürgermeister Dr. Georgi bemerkt, daß die Behauptungen des Vorredners nicht stimmen. Die gemischte Steuerdeputation habe am 16. Sept. 1894, 27. Nov. 1894, 4. Dez. 1894 und 14. Dez. 1894 Sitzungen gehalten.

richtigste sei, daß für jeden einzelnen prozentual die Steuerleistung nach seinem wirklichen Einkommen berechnet werde; dann würden auch die Unterschätzungen wegfallen.

Stadtrat Ludwig Wolff giebt Prof. Bücher zu, daß es ideal wäre, jeden Steuerzahler auf Heller und Pfennig abzuschätzen und von dieser Summe den Steuerbetrag in jedem einzelnen Falle prozentual zu berechnen.

Stadtv. Pollender: Wer sich einigermaßen um das Urteil der Steuerzahler über die Wirkung der neuen Staats-Einkommensteuerfala bekümmert habe, der werde mit ihm der Meinung sein, daß die Ratsvorlage, die diese Stala nun auch für die Gemeindeeinkommensteuer einführen will, wenig diskutabel sei.

Der Redner ist nicht der Ansicht, daß den unteren Steuerzahlern die Steuerleistung so leicht werde und beruft sich dabei auf die jüngste Erklärung des Professors Dr. Sohm, in der es heißt: Ist etwa die Steuerleistung der Massen deshalb eine geringere, weil sie im Betrage hinter den Steuern der Vermögenden zurückbleibt?

Stadtv. Rudolph rügt, daß der Gemischte Steueranschuß so wenig Sitzungen abgehalten habe. Seines Wissens hätten in vier Jahren nur vier Sitzungen abgehalten.

Oberbürgermeister Dr. Georgi bemerkt, daß die Behauptungen des Vorredners nicht stimmen. Die gemischte Steuerdeputation habe am 16. Sept. 1894, 27. Nov. 1894, 4. Dez. 1894 und 14. Dez. 1894 Sitzungen gehalten.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

Hierzu zwei Beilagen.

Sonntag den 23. Februar vormittags 11 Uhr

# Oeffentliche Versammlung

## der sozialdemokratischen Partei im Felsenkeller zu Plagwitz.

Tagesordnung: Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie gegenüber der Wahlrechtsänderung. Einberufung einer Landesversammlung.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Dr. Bruno Schoenlank.**

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Das Agitationskomitee.

### Bekanntmachung.

Gemäß § 87 des Statuts der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend vom 20. Dezember 1892 findet die Wahl der

#### Generalversammlungs-Vertreter und deren Stellvertreter

unter Leitung des Kassenvorstandes

für die Arbeitgeber

Freitag den 21. Februar 1896

von vormittags 10—11 Uhr mittags und von nachmittags 8—8 Uhr

in der Geschäftsstelle der Kasse

Gellertstraße 7/9, 1 Treppe, Zimmer Nr. 9;

für die Kassemitglieder

und zwar aus Betriebskreisen mit den Anfangsbuchstaben:

**A—G. Dienstag den 25. Februar 1896**

**H—L. Mittwoch den 26. Februar 1896**

**M—R. Donnerstag den 27. Februar 1896**

**S—Z. Freitag den 28. Februar 1896**

von mittags 12 bis abends 1/10 Uhr — ohne Unterbrechung —

im Theateranle des Krystallpalastes Leipzig

Wintergartenstraße Nr. 17/19

in folgender Weise statt:

I. Befehl Wahl der Vertreter werden die Kassemitglieder in drei Abteilungen geteilt, deren erste die folgenden Gruppen der Reichsberufstätigkeit umfasst: Industrie der Steine und Erden, Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, auch Torfgräberel, Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen, Werkzeuge, Instrumente und Apparate, der Herstellung von Musik-Instrumenten, der Holz- und Schnitzstoffe und endlich der Waagenwerke, während die zweite Abteilung die Gruppe der chemischen Industrie, der Erzeugung und Verarbeitung forstwirtschaftlicher Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Fette, Öle und Firnisse, der Textil-Industrie, einschließlich der Bleicherei, Färberei, Druckerel und Appretur, der Land- und Forstwirtschaft, der Kunst- und Handelsgärtnerei- und Fischerei, der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, der Bekleidung und Reinigung und endlich der Weberberufung und Erziehung umfasst und die dritte Abteilung sich auf die übrigen krankensicherungsrechtlichen Gruppen, also die Berufsarten und Erwerbszweige der Papiere, Leders- und Gummiindustrie, Buchbinder, Tabak-Industrie, polygraphische Gewerbe, Handels- und Versicherungsgewerbe und der Verkehrsgewerbe sowie die Geschäftsberufe der Anwälte, Notare, Rechtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten erstreckt.

Freiwillige Mitglieder werden, soweit sie nicht vermöge ihrer Beschäftigung der ersten oder zweiten Abteilung angehören, der dritten zugezählt.

II. Die Wahl ist nicht durch Bevollmächtigte oder Vertreter, sondern nur persönlich auszuüben durch Einlegung des Wahzettels in die für die betreffende Abteilung bereit stehende Urne.

Die Wahzetteln für Abteilung I sind weiß, diejenigen für Abteilung II rot und die der Abteilung III grün; sie enthalten sowie mit laufenden Nummern versehene Rubriken, als Vertreter und Stellvertreter von dem der Abteilung Angehörigen zu wählen sind.

Formulare hierzu werden vom 8. d. Mis. ab in der Geschäftsstelle der Ortskrankenkasse, 1 Treppe, Zimmer Nr. 18, ausgegeben. Nur diese oder mit ihnen in Farbe und Vordruck übereinstimmende Formulare haben als Wahzetteln Gültigkeit.

III. Von den Arbeitgebern sind wahlberechtigt und wählbar nur solche, welche für Kassemitglieder zur Zeit der Wahl noch Beiträge aus eigenen Mitteln leisten. Als Nachweis dieser Bedingung gilt die Vorzeigung eines laufenden Contos oder einer Quittung über gezahlte Beiträge für Dezember 1895. Seitens der Arbeitgeber sind für

Abteilung I: 89 Arbeitgeber-Vertreter und 19 Stellvertreter

II: 32 " " " " 16 "

III: 38 " " " " 19 "

zu wählen.

IV. Von den Kassemitgliedern sind wahlberechtigt und wählbar nur solche, welche großjährig (d. h. das 21. Lebensjahr erfüllt haben) und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Wer sich hiernach über sein Wahlrecht unterrichten will, erhält den Personen-Katalog (Mitglieder-Verzeichnis) während der Zeit von Mittwoch den 19. bis mit Freitag den 21. d. Mis. innerhalb der Geschäftsstunden von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und von 3—6 Uhr nachmittags vorgelegt und kann etwaige Reklamationen spätestens bis zum letztgenannten Tage anbringen. Spätere Reklamationen bleiben unberücksichtigt.

Das wählende Mitglied legitimiert sich am Wahltage durch Vorlegung des Mitgliedsbuches, welches, wenn sich aus dem Personen-Katalog die Wahlberechtigung des Inhabers ergeben hat, abgefordert wird und hierauf an der Urne dem die Wahl leitenden vorzulegen ist. Zum Zeichen der stattgefundenen Wahl wird das Buch sodann anderweit abgestempelt.

Seitens der Kassemitglieder sind für

Abteilung I: 82 Arbeitnehmer-Vertreter und 41 Stellvertreter

II: 68 " " " " 34 "

III: 81 " " " " 40 "

zu wählen.

V. Wegen der sonstigen, die Wahl betreffenden Bestimmungen wird auf § 87 des Statuts verwiesen.

Leipzig, am 1. Februar 1896.

Die Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend.

Dr. Wilmar Schwabe, Vorsitzender.

## Buchbinder-Fachverein.

(Arbeiter und Arbeiterinnen.)

Sonnabend den 22. Februar 1896 abends 1/9 Uhr

### Vereins-Versammlung

im Restaurant W. Spieß, Seeburgstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Wiesthal über: Die historische Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. 2. Gewerblich und Verschiedenes. Gäste willkommen. — Zahlreichen Besuch erwartet

Sonntag den 1. März

### Humoristischer Familienabend

im Restaurant Spieß, Seeburgstraße (Parterresaal).

Anfang 5 Uhr. Eintritt für Mitglieder und Gäste frei.

Verantwortlicher Redakteur: Mich. Lipinski in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Gentsch in Leipzig.

## Verein d. Steinsetzer u. Berufsg.

Morgen Sonnabend den 22. Februar abends 8 1/2 Uhr [1588]

### Mitglieder-Versammlung

im Universitätskeller, Ritterstr. 7, I.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht

Der Vorstand.

Sonnabend den 22. Februar abends 1/9 Uhr

## Oeffentl. Versammlung

der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaren-industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

im Universitätskeller, Ritterstraße 7, I.

Tagesordnung: 1. Vortrag von Herrn F. Kammigan über: Die Macht der Konzentration in Bezug auf die verschiedenen Berufe. 2. Bericht des Bevollmächtigten. 3. Gewerblich. Zahlreichen Besuch erwartet [1571] Der Einberufer.

## Wagenbauer Plagwitz u. Umg.

Unser diesjähriges

### Winter-Vergnügen

findet Sonnabend den 22. Februar im Felsenkeller zu Plagwitz statt. Es ladet freundlich ein [1557] Das Komitee.

Achtung!

## Handels-Hilfsarbeiter.

Sonnabend den 22. Februar 1896

### Grosses Wintervergnügen

Zahlreichem Besuch sieht entgegen [1486] D. S.

## Gemeindeverein Marktleberg

Sonntag den 23. Februar

### I. Stiftungsfest mit Ball

im Gasthof zum heiteren Blick. Festrede gehalten von Herrn H. Wittich aus Leipzig. Anfang 8 Uhr. Ohne Karte keinen Zutritt. Um gütigen Zuspruch bittet [1551] D. V.

## Leipziger Genossenschaftsbäckerei

(Eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)

Sonntag den 23. Februar vorm. 11 Uhr

## General-Versammlung

im Saale des Pantheons, Dresdener Strasse.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Bericht des Aufsichtsrates. 4. Nichtigspruchung des Rechenschaftsberichtes und Entlastung des Vorstandes. 5. Vorschlag des Aufsichtsrates, betr. Verteilung des Reingewinnes. 6. Neuwahl des Vorstandes. 7. Ersatzwahl des Aufsichtsrates. 8. Stellungnahme zu den Kontraktverhältnissen der Genossenschaftsbäckerei. 9. Verschiedenes. Zum Eintritt legitimiert nur das Mitgliedsbuch. [1581] Der Vorstand. Heinrich Ringmeyer, 1. Star Röhlig.

## Konsumverein zu Gautzsch

u. Umg. (Eingetr. Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht.)

Sonntag den 1. März nachmittags 2 1/2 Uhr

### Außerordentl. General-Versammlung

im Gasthof zu Zöbigker.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht nach Abhaltung der halbjährigen Inventur. 2. Anträge der Mitglieder nach § 44 des Statuts. 3. Verschiedenes. [1561] Der Aufsichtsrat. Joseph Pflieger, Vorsitzender.

## Arbeiter-Bildungsverein Grotzsch.

Sonnabend den 22. Februar abends 8 1/2 Uhr

### Versammlung.

Tagesordnung: 1. Rechnungslegung von 1895. 2. Bericht der Revisoren. 3. Aufnahme neuer Mitglieder, und Zahlen der Monatsbeiträge. 4. Fragelisten und Diskussion. — Der Zutritt ist jedermann gestattet. [1564] Zahlreiches Erscheinen wünscht Der Vorstand.

## Meine Frau

Widmung für alle an Rheumatismus, Gicht, Podagra, Gengenschub, Migräne, rheumatischen Kopf- und Gesichtsschmerzen u. Leidenden. Mit lange Zeit an Gicht u. Rheumatismus, alle Mittel blieben erfolglos. Durch eine ebenso einfache als billige Kur wurde dieselbe in kurzer Zeit vollständig gesund. Wilhelm Mehnert, Tischlermeister, Blasewitz b. Dr. (Weglanbigt d. b. Ortsbehörde). Im Interesse aller Leidenden bleibt derselbe auf Anfragen gratis Auskunft. [1896]

## Schuh- u. Schäftearbeiter

und Arbeiterinnen.

### Versammlung.

Montag abends 1/9 Uhr

Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion über d. Arbeitslosen-Unterstützung. 2. Gewerblich. Zahlreiches Erscheinen notwendig. D. G. [1556]

## Arbeiterverein Leipzig.

Sonnabend, 22. Febr., abends 8 1/2 Uhr

### Gauppprobe

der 3., 4. u. 8. Sängers-

abteilung in den 3 Höfen, Anger.

Sonnabend und Sonntag Stützens-

Fest.

Sonntag, 23. Febr., vorm. 1/11 Uhr

im I. Vereinslokal Turnplatz

mit der gesamten Turnvereins-

Schriftführer. Erscheinen aller erwünscht.

Montag, 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr

Sauppversammlung im I. Vereins-

lokal. Tagesordnung: Wietung eines

Vereinslokals in der Mühlengasse. Ver-

schieden. D. B.

Deutschkatholische Gemeinde (Freirelig.).

Sonntag, 23. Febr., früh 10 Uhr, I. Bürger-

saal: Erbauung. Prediger Wiener.

## Arbeiterverein

Vorwärts, Schönefeld.

Sonnabend den 22. Februar

abends 1/9 Uhr

### Mitglieder-Versammlung

bei Elmert.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Natur-

heilkundigen Herrn Kolshel über: Pflege

und Ernährung des Kindes mit Ver-

schiedenheit der Kinderkrankheiten.

2. Stiftungsfest betr. 3. Anträge und

Verschiedenes. [1565]

Zusätzliche sind die Frauen wegen

des Vortrages hiermit sebl. eingeladen.

Einem zahlreichen Erscheinen sieht ent-

gegen Der Vorstand.

## Arbeiterverein

Stötteritz

und Umgegend.

Sonnabend den 22. Februar

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Gemeindegange-

heiten. 2. Politische Rundschau. 3. All-

gemeines. [1568]

Zahlr. Erscheinen sieht entgegen D. B.

## Arbeiterverein

Großschöcher-Windorf.

Morgen Sonnabend, 22. Febr., abends

1/9 Uhr im Gasthof an der Mühle

Diskussion.

Die Mitglieder werden im eigenen

Interesse gebeten, zahlreich und pünktlich

zu erscheinen. D. B.

## Arbeiterverein Wahren.

Sonnabend den 22. Februar abends

punkt 9 Uhr Versammlung. Vortrag

über Sibirien und die Deportation. Ref.:

Herr Wille. Gäste willkommen. D. V.

## Gemeindeverein Marktleberg.

Sonnabend, 22. Februar, abends 1/9 Uhr

Monats-Versammlung.

Gemeindeverein Thelma.

Sonnabend, 22. Februar, Mitglieder-

Versammlung. D. B.

Eisenburger. Morgen Sonnabend im

Gesellschaftshaus, Kreuzstraße 14.

## Auktion.

kleinzschöcher, Ratzkeller

versteigert Sonnabend den 22. Febr.

vorm. von 10 bis 5 Uhr nachm. einen

Posten Wurst, Schinken, Rotweil, Cognac,

500 Cigarren und Herrenkleider-Stoff.

1500] J. A. Reuter, Aukt.

Achtung! Grosse Auswahl

in eleganten, neuen und wenig getragener

Herrengarderobe sowie alle Sort. Arbeits-

sachen, Wäsche, Stiefeln, Uhren, große

Auswahl in Kinder-Anzügen läuft man

sehr billig Thalstr. alte Nr. 28 (Ecke

Seeburgstr.). Max Junghans.

Reichstag.

45. Sitzung vom 20. Februar 1896, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Bronsart v. Schellendorff, Graf Posadowsky, v. Büttcher. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Militäretats und zwar der einmaligen Ausgaben. Die Kommission hat in dreizehn Fällen die geforderten Summen vollständig gestrichen, in vier Fällen Ermäßigungen derselben vorgeschlagen; auf diese Weise sind im ganzen 3 870 050 M. abgesetzt worden; es sollen nur 36 681 795 M. statt der geforderten 40 551 845 M. bewilligt werden.

Der Berichterstatter Abg. Gröber (Z.) macht eingehende Mitteilungen von der bereits bekannten Beratung in der Budgetkommission, namentlich auch über die Kosten der Kasernung der noch nicht in Kasernen untergebrachten Truppenteile.

Abg. v. Maffow (L.): In der Kommission habe ich schon festgestellt, daß der Militäretat sich in bescheidenen Grenzen bewegt. Wir werden die einmaligen Ausgaben fast sämtlich bewilligen. Wenn wir bei einzelnen Positionen eine Bewilligung ablehnen, so geschieht das nicht, weil wir die Forderung für unbegründet halten, sondern weil wir meinen, daß die betreffenden Bauten aufgeschoben werden können und müssen wegen der schlechten Finanzlage und der schlechten Lage der Landwirtschaft.

Die Forderung von 88 000 Mark für eine Garnisonbäckerei in Paderborn soll nach dem Antrage der Kommission gestrichen werden. Das Haus tritt dem Antrage bei.

Zur Vermehrung der Kasernen an Verpflegungsmitteln ist eine erste Rate von 1 650 000 Mark gefordert. Die Kommission beantragt die Streichung, während die Abg. Lieber (Z.) und v. Leipziger (L.) die Bewilligung beantragen.

Abg. Lieber (Z.) erklärt, daß er in der Budgetkommission gegen die Bewilligung gestimmt habe; es müßten also schwerwiegende Gründe sein, wenn er jetzt für die Bewilligung eintrete. Die Verhältnisse an Verpflegungsmitteln sind nicht so außerordentlich benachteiligt, daß dadurch der laufende Bedarf gedeckt werden und auch eine Reserve für den Mobilisationsfall gehalten werden kann. Durch die Streichung würde eine Ersparnis nicht herbeigeführt werden, denn die Ausgabe müßte doch gemacht werden. So schlimm sei die Finanzlage doch nicht, daß man diese Ausgabe jetzt nicht machen könne.

Abg. Richter (fr. Vp.): Es handelt sich nicht um Anläufe von Getreide u. s. w., sondern lediglich um eine Finanzfrage, an welcher die Militärverwaltung garnicht interessiert ist. Die Mittel zu den Anläufen werden jetzt aus dem Betriebsfonds entnommen, eine Bewilligung würde also nur zur Verklärung des Betriebsfonds dienen. Darüber kann keine Entscheidung getroffen werden, wenn man nicht die Frage des Betriebsfonds im allgemeinen erörtert und die Frage prüft, ob eine dauernde oder nur eine vorübergehende Verklärung desselben notwendig ist. Es handelt sich hier nicht bloß um die 1 650 000 M., sondern im ganzen um 10 Mill. Mark.

Generalleutnant v. Gemmingen schließt sich den Ausführungen des Abg. Lieber an und widerspricht dem Vordränger darin, daß die Militärverwaltung kein Interesse an dieser Sache habe. Ein Zuwachs an Naturalien fällt ihr allerdings nicht zu, aber es wird ein unerquicklicher Zustand beseitigt. Abg. v. Karborff (Mp.) schließt sich ebenfalls den Ausführungen des Abg. Lieber an. Eine Verpflichtung, im nächsten Jahre auf diesem Wege fortzufahren, liegt nicht vor, wenn die Finanzlage das nicht gestattet.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die verbündeten Regierungen haben zweimal dem Reichstage eine Vorlage gemacht wegen der Verklärung der Betriebsfonds, deren Notwendigkeit niemand bestritten hat. Bestritten war nur der Weg, wie die Deckung beschafft werden sollte. Wenn die Verwaltung mit so geringen Betriebsmitteln hat arbeiten können, so liegt das daran, daß wir sehr viel Schulden aufnehmen und die Schuldenlast früher realisierten, als das Bedürfnis dazu vorlag.

Abg. Dammacher (nat.) schließt sich den Ausführungen der Regierungsvorrede an. Das alljährlich wiederkehrende Bedürfnis werde auch von Herrn Richter anerkannt.

Nachdem der Abg. Richter (fr. Vp.) nochmals gegen den Antrag ausgesprochen, verweist Abg. v. Leipziger (L.) darauf, daß im vorigen Jahre Richter selbst denselben Standpunkt eingenommen habe, wie ihn der jetzige Antrag Lieber enthalte.

Die Abstimmung durch Zählung des Hauses ergibt, daß nur 147 Mitglieder anwesend sind, von denen 92 mit Ja und 55 mit Nein stimmen. Das Haus ist also beschlußfähig, da zur Beschlußfähigkeit die Anwesenheit von 100 Mitgliedern gehört.

Um 2 1/4 Uhr wird daher die Sitzung abgebrochen und die nächste Sitzung vom Präsidenten v. Bülow auf 8 Uhr anberaumt.

Am 3 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen. Zum Neubau der Kupfergraben-Kaserne nebst Zubehör zur theilweisen Aufnahme eines Garde-Infanterie-Regiments in Berlin sind 20 000 Mark für den Entwurf verlangt.

Abg. Richter (fr. Vp.): Es besteht keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die jetzige Kaserne nicht mehr langt und daß ein Ersatzbau zur Unterbringung der Truppen notwendig ist; aber der Platz, auf welchem die jetzige Kaserne steht, ist viel zu wertvoll für diesen Zweck. Würde man diesen Platz veräußern, so würde man mindestens die Mittel gewinnen, um an einem anderen Platze eine solche Kaserne aufzubauen. Dieses Terrain befindet sich im Mittelpunkte von Berlin und könnte für andere und höhere Zwecke als für Kasernenbauten verwendet werden. Vielleicht treten die anderen Ressorts mit der Militärverwaltung zu diesem Zwecke in Verbindung.

Abg. Singer: Eine unwirtschaftlichere Forderung wie diese ist weder in diesem noch in früheren Etats zu finden. Nach einem mir vorliegenden Plan repräsentieren die 28 000 Quadratmeter, welche die jetzige Kaserne umfaßt, zu einem Preise von 2500 M. die Quadratruthe, einen Werth von 5 Millionen Mark. Außerdem soll aber noch das in der Nähe gelegene Montierungsgelände mit zum Bau der Kaserne herangezogen werden. Dieses Grundstück hat einen Flächeninhalt von 4600 Quadratmeter oder 330 Quadratruthen und repräsentiert einen Grund- und Bodenwerth von etwa 1 600 000 M. Das sind also im ganzen 6 1/2 Millionen. Selbst die begeistertsten Anhänger von Kasernenbauten sollten sich zu einem so unwirtschaftlichen Schritte nicht verstehen. Wenn einmal eine neue Kaserne gebaut werden soll, so kann sie in einem Stadttheile gebaut werden, wo der Grund und Boden nicht so werthvoll ist wie hier. Im öffentlichen Interesse wäre zu wünschen, daß andere öffentliche Gebäude hier stehen, die wissenschaftlichen Zwecken dienen, an denen es in Berlin sehr mangelt. Mit recht verwerthet der Fiskus Tag für Tag die ihm gehörigen Flächen möglichst theuer und die Reichsverwaltung sollte vom preussischen Finanzminister lernen, der den botanischen Garten auch möglichst theuer verkaufen will. Wenn dies hier auch keine preussische Sache ist, so könnte die Militärverwaltung doch sehr wohl geneigt sein, dieses Terrain an Preußen oder das Reich abzutreten zur Erbauung wissenschaftlichen Zwecken dienender Gebäude. Die Konzentration von Truppen

an dieser Stelle ist nicht nöthig. Man sagte in der Budgetkommission, man muß das Schloß schützen. Gegen wen denn? Ein solcher Einwand stellt die Verhältnisse Berlins auf den Kopf; es sind vorgeschobene Gründe. Es wären ganz andere Dinge gefährdet, für die Sie nachher die Truppen gebrauchen sollten. Ich verwehre mich gegen eine solche Begründung. Die Majoritätsparteien haben nicht den geringsten Grund, aus der Nothwendigkeit des Schutzes des Schloßes die Bewilligung dieses Postens herzuleiten. Aus den auch für das Zentrum maßgebenden Sparsamtheitsrücksichten sollte die Majorität des Reichstages die Vorlage ablehnen. Es handelt sich hier nicht allein um die 20 000 M. für den Entwurf; denn dieser würde doch nach den Raumverhältnissen des jetzigen Platzes ausgearbeitet werden müssen und ich möchte vermuthen, daß der Reichstag in diesem Falle auch nur 11 sagt. Wenn Sie diesen Bauplan bewilligen, so schmeißen Sie 4-5 Millionen zum Fenster hinaus, die doch schließlich von den Steuerzahlern aufgebracht werden müssen. (Zustimmung bei den Sozialisten.)

Generalmajor v. Gemmingen: Die Frage ist in der Kommission eingehend erörtert worden. Die Militärverwaltung steht nicht auf dem Standpunkt, daß neue Kasernen unbedingt auf dem Platze der alten erbaut werden müssen. So haben wir den Verkauf der Garde-Kasernenkasernen und der Arrestanstalt angezogen und wollen dafür an anderer Stelle Neubauten im doppelten Umfange ausführen. Aber es hat das keine Grenze; man kann nicht bis an die Peripherie der Stadt hinausgehen.

Abg. Singer: Die Hauptsache, den außerordentlich hohen Werth des Grund und Bodens hat der Regierungsvorrede mit keinem Worte erwähnt. Die Militärverwaltung mag es für selbstverständlich halten, an dem Platze, wo die alte Kaserne gestanden hat eine neue zu erbauen. Die Volksvertretung aber hat dafür zu sorgen, daß nicht unnöthig Geld ausgegeben wird, und das vermeiden wir, wenn wir einen 3 bis 4 Millionen billigeren Platz finden können. Daß dies an sich nicht unmöglich ist, hat der Regierungsvorrede ja selbst zugegeben. Wenn man darauf verweist, daß bei Preußen nicht Reichssache, so überlasse ich es dem Vertreter des Bundesrats, dieses bundesfreundliche Verhältnis zu Preußen zu verantworten. Ich meine aber, daß das Reich und Preußen, soweit es sich um die Interessen der Steuerzahler handelt, identifizieren sollten. Unter der preussischen Sparsamkeit leiden Kulturzwecke ganz außerordentlich. Hier können wir Millionen für das Reich und durch die Militärbeiträge indirekt für Preußen zu Bildungszwecken ersparen. Ich hoffe, daß diese Verhandlungen die preussische Regierung veranlassen werden, ihre Wünsche auf Verwendung des Platzes der Militärverwaltung mitzutheilen. Die Mehrheit des Reichstages kann die Verantwortung für die Bewilligung nicht übernehmen. Die Steuerzahler werden meinen Standpunkt wahrgeben; müssen schon Kasernen gebaut werden, dann brauchen sie nicht auf Plätzen gebaut zu werden, für die man Millionen durch Verwendung für andere Zwecke herausbekommen kann. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Prinz Arnheim (Z.): Von dem Schutze des Schloßes ist in der Kommission mit keinem Worte die Rede gewesen; es handelt sich darum, daß auf dem Platze eine Kaserne steht und eine neue gebaut werden soll; sie soll nur nicht mit Artillerie, sondern mit Infanterie belegt werden.

Abg. Richter: Von Schutze des Schloßes speziell ist allerdings nicht die Rede gewesen, wohl aber von dem Schutze der Interessen in jener Gegend. Das ist schließlich dasselbe. In Berlin giebt es innerhalb der Stadt kaum einen Platz, der für Museumbauten und ähnliche Dinge geeignet wäre, wie gerade dieser Platz. Es sind doch andere Kasernen in der Gegend noch vorhanden.

Der Titel wird bewilligt. 500 000 M. erste Rate für eine Kaserne für reitende Artillerie in Brandenburg a. d. Havel werden gestrichen. Bei der Forderung für eine Kavalleriekaserne in Torgau sagt auf eine Anregung des Abg. Ritter-Mersburg (fr. Vp.) der Generalmajor v. Gemmingen zu, daß die Militärverwaltung in Erwägung ziehen werde, ob die Stadt Mersburg für die Verlegung der Kavallerie durch eine Infanteriegarnison entschädigt werden könne.

Gestrichen werden 15 000 M. für den Entwurf zum Neubau einer Kavalleriekaserne in Oels, 148 000 M. für Ergänzungsbauten in Minden zur Unterbringung eines Bataillons Infanterie, 7000 M. für den Entwurf zum Dienstgebäude des Bezirkskommandos in Hamburg, 380 000 M. für eine Dragoonerkaserne in Darmstadt und 10 000 M. für den Entwurf einer Dragonerkaserne in Karlsruhe. Die Forderung für den Anschluß der Militärarbeitsstätte in Hannover an die städtische Kanalisation wird um 92 050 M. vermindert.

Die zweite Rate von 800 000 M. für den Lockstedter Schießplatz wird mit der Einschränkung bewilligt, daß der Platz 4500 Hektar nicht übersteigen soll.

Gestrichen werden ferner 15 000 M. für den Entwurf einer Pionierkaserne zu Straßburg i. E., 500 000 M. für eine Infanteriekaserne in Zabern und 10 000 M. für den Entwurf eines Generalkommando-Dienstgebäudes in Metz.

Bei den Einnahmen bringt Abg. Beckstein (Z.) zur Sprache, daß den Städten Magdeburg und Wesel Platzangelegenheiten für angekauften Festungsstermin gewährt seien, der Stadt Koblenz aber nicht; daß habe in der Bevölkerung große Unruhe hervorgerufen. Generalmajor v. Gemmingen: Es handle sich bei Koblenz nur um einen Kaufpreis von 322 000 M., und die Militärverwaltung sei der Stadt dadurch entgegengekommen, daß sie ihr 4 Raten bewilligt hat; wenn nun zugemutet wird, den Kaufpreis auf 10 Raten zu vertheilen, so werden entweder die notwendigen Ersatzbauten auf dieselbe Zeit vertheilt oder die Mittel des Reiches in Anspruch genommen werden müssen. Dazu kann sich aber die Militärverwaltung nicht verstehen.

Es wird nunmehr die Abstimmung wiederholt, die vorher zur Beschlußfähigkeit geführt hatte.

Der Antrag Lieber wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und eines Theils des Zentrums angenommen.

Damit ist der Militäretat erledigt. Es folgt die Beratung von Petitionen, welche sich auf die Dienstaltersstufen beziehen.

Die Budget-Kommission beantragt folgende Resolution anzunehmen: 1. Den Reichshaushalt zu ersuchen, bei Aufstellung des nächstjährigen Reichshaushalts-Etats auf eine Erhöhung des Weisthums der Landbesitzer bis 1000 M. bedacht zu nehmen durch Einstellung einer weiteren Gehaltsstufe mit dreijähriger Aufprobungszeit; 2. Den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Bestimmungen über die Anrechnung der Militärdienstzeit bis zu einem Jahre auf die vor dem 1. Januar 1892 angestellten Beamten ausgedehnt werden; 3. Den Reichskanzler zu ersuchen, in anbeacht der auf Einführung des Dienstaltersstufen-Systems bei einzelnen Beamtenklassen eingetretenen Ungleichheiten mit Gehaltserhöhungen für diese Beamtenklassen vorzugehen, insoweit sie von den allgemeinen Gehaltserhöhungen des Jahres 1890 ausgeschlossen waren.

Hierzu liegt folgender Antrag des Abg. Singer vor: In Nr. 4 hinter „Beamte“ einzuschalten „und Unterbeamte“ und als Nr. 4 hinzuzufügen: Den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu

wirken, daß den Beamten und Unterbeamten die Zeit vom Tag des Dienstantritts an bei der Anstellung als diätarische Dienstzeit gerechnet wird.

Berichterstatter Abg. Cuneo (nat.) berichtet ausführlich über die Verhandlungen der Kommission. Die Dienstaltersstufen seien eingeführt worden in der Weise, daß in keinem Falle ein Beamter in seinem bereits erreichten höheren Gehalte gekürzt werden könne. Er empfiehlt die Annahme der drei vorgeschlagenen Resolutionen. In der Kommission war der Wunsch laut geworden, die verbündeten Regierungen möchten die Beratung dieser Frage erleichtern durch einen vollständigen Besoldungsplan, welcher für jede Klasse die Zahl der etatsmäßigen Beamten z. angeht. Ein Beschluß ist darüber nicht gefaßt worden, aber der Staatssekretär des Reichs-Schatzamtes sagte eine solche Zusammenstellung zu. Bezüglich der Petitionen beantragt die Kommission, einen Theil durch die Beschlüsse für erledigt zu erklären, einen anderen Theil der Regierung zur Berücksichtigung und als Material zu überweisen.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen. Der Präsident schlägt vor, morgen die Staatsberatung fortzusetzen.

Abg. v. Bennigsen (nat.): Es ist die Absicht des Herrn Präsidenten, nach der sechstägigen Pause, welche in Aussicht genommen ist, am ersten Tage die Zuckersteuer-Vorlage auf die Tagesordnung zu setzen. Ich bin der Meinung, daß in zwei Tagen die Generaldiskussion beendet werden könnte. Es würde sich fragen, ob man nicht vielleicht morgen die Zuckersteuer-Vorlage auf die Tagesordnung setzen sollte, oder ob nicht mindestens am Montag und Dienstag diese Vorlage zur Beratung gestellt werden könnte, dann könnte die Pause einhalb Woche dauern und neben der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch könnte auch die Zuckersteuer-Kommission während dieser Pause arbeiten. Die Landwirtschaft könnte sich nach der ersten Beratung dann auf das Gesetz einrichten.

Präsident v. Bülow: Ich habe nichts dagegen, daß der Reichstag, anstatt vom 22. Februar ab die Pause zu machen, am Montag die Zuckersteuer-Vorlage in Beratung nimmt.

Abg. v. Karborff (Nat.) wünscht, daß möglichst schon heute eine Entscheidung darüber herbeigeführt werde, damit die Mitglieder wissen, ob sie Sonnabend abreisen können oder hier bleiben müssen. Die Landwirtschaft wartet auf die Entscheidung. Gegen diese großen wichtigen Interessen der Landwirtschaft solle doch ein Beschluß des Senatorenkonvents nicht ein Gewicht. Weder beantragt die Zuckersteuer morgen auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Richter (fr. Vp.): Für Montag kann heute überhaupt noch nichts beschlossen werden. Es handelt sich nicht um die Ansicht des Präsidenten allein, sondern um einen Beschluß aller Parteien des Hauses über das Programm für die Reichstagsarbeiten. Ich weiß nicht, woher jetzt seit 24 Stunden die Eile kommt. Der Grund ist ein sehr einfacher, denn die steigenden Zuckerpreise entziehen der Vorlage den Boden. Nachdem der Bundesrath Monate lang über die Vorlage beraten und sich dort eine Minderheit von 21 Stimmen gezeigt hat, kann man doch jetzt nicht die Vorlage überstürzen (Zustimmung rechts). Es handelt sich um ein dauerndes Gesetz und nicht um eine Kampagne.

Abg. Singer (Soz.): Im Senatorenkonvent war es gerade der Abg. v. Mantuffel, der die Verschiebung der Beratung der Zuckersteuer nach der Pause damit begründet hat, daß in seiner Partei große Meinungsverschiedenheiten herrschen, sodas man die Sache nicht über das Ritz brechen kann. Herr v. Bennigsen hat nun einen schäblichsten Versuch gemacht, die Zuckersteuer auf die Tagesordnung zu bringen, was ja begreiflich ist, da seine persönlichen Interessen dabei betheiligt sind. (Unruhe rechts.) Die Versammlung im Zirkus Busch möchte dem Reichstag eine Tagesordnung aufdrängen. Nachdem alle Parteien sich auf den Geschäftsplan eingerichtet haben, können Sie doch nicht verlangen, daß alles über den Haufen geworfen wird, um nur die Zuckersteuer-Vorlage zu beraten. Die Kommission wird in der Pause nicht fertig werden; nicht in der Kommission, sondern in den freien Vereinigungen wird das Schicksal entschieden werden.

Abg. Graf Mirbach (L.): Es bestehen allerdings erhebliche Meinungsverschiedenheiten unter meinen Freunden, aber um so mehr hat die Landwirtschaft und die Industrie den Wunsch, daß möglichst schnell eine Entscheidung herbeigeführt wird.

Abg. Lieber (Z.): Wir lassen uns vom Zirkus Busch keine Tagesordnung aufdrängen, aber wir fürchten uns auch vor dem Zirkus Busch nicht. Wenn der Reichstag die Zuckersteuer-Vorlage beraten will vor der Pause, so wird auch die Kommission für diese Vorlage während der Pause arbeiten können. Wir sind geneigt, im Interesse der Landwirtschaft vor der Pause die Zuckersteuer-Vorlage zur Beratung zu bringen; um aber keine Ueberrumpelung eintreten zu lassen, möchten wir die Beratung am Montag vorziehen.

Abg. v. Bennigsen: Von einer Ueberrumpelung kann nicht mehr geredet werden, wenn die Beratung am Montag stattfindet. Ich möchte nur gegen die ganz ungehörige Insinuation des Abg. Singer protestieren, als hätte ich meine Aeußerungen gemacht wegen meines persönlichen Interesses an der Zuckersteuer-Vorlage. Herr Singer hätte bedenken sollen, daß ich sehr ernsthaft und entschieden vor Jahren für die Reform der Zuckerribben-Steuer und für die Aufhebung der Materialsteuer eingetreten bin. Verträte ich persönliche Interessen, so hätte ich damals gegen mein Interesse gehandelt.

Abg. v. Karborff: Ich bin damit einverstanden, daß die Beratung am Montag stattfindet.

Abg. Richter: Das wird sich erst am Sonnabend finden, wenn die Tagesordnung für Montag festgesetzt wird. Wenn die Vereinbarung der Parteien hinsichtlich wird, dann sind alle Parteien lediglich auf die Vorschriften der Geschäftsordnung angewiesen. Meinem Wege könnten wir sofort die Pause eintreten lassen und am Montag über 8 Tage mit der Zuckersteuer beginnen.

Abg. Richter: Daß der Präsident aus eigener Initiative die Zuckersteuer-Vorlage auf die Tagesordnung setzen sollte, konnte niemand annehmen, da die Wünsche aus dem Hause die entgegengekehrte Richtung hatten.

Abg. v. Stumm: Wir waren der Ansicht, daß die Zuckersteuer-Vorlage in dieser Woche auf die Tagesordnung kommt. Damit schließt die Geschäftsordnungsdebatte. Da ein Antrag nicht vorliegt, bleibt es beim Vorschlage des Präsidenten.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der Staatsberatung.)

Aus dem Reichstage.

Der Senatorenkonvent des Reichstages war gestern unter Vorsitz des Präsidenten versammelt, um Mittheilungen über das beabsichtigte Reichstagsfest am 21. März entgegenzunehmen. Es wird beabsichtigt, an alle ehemaligen Abgeordneten, namentlich an diejenigen, welche im Jahre 1871 im Reichstage waren, Einladungen zur Teilnahme an dem Feste ergehen zu lassen. Das Fest soll in einem Mittagsessen bestehen, bei dem durch die drei Präsidenten Toaste auf den Kaiser und die verbündeten Fürsten, auf das Reich, und auf die Ehrengäste ausgebracht werden sollen. Der Präsident theilte noch mit, daß nach Ansicht des Reichstagsvorstandes bei dem Feste dem Fürsten Bismarck



(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Stadtv. Dr. Jung erneuert seinen in der Kommission abgelehnten Antrag, die auf Grund des § 36 des Einkommensteuergesetzes nach Lohnlisten abgeschätzten Einkommen ebenfalls nur mit 1/2 zur Gemeindefeinkommensteuer heranzuziehen. Der Antrag sei kein Agitationsantrag, wie im Ausschuss behauptet worden. Im übrigen plädiert der Redner für Verbeibehaltung des Vertrages mit der Universität, der aus einer Zeit stamme, wo die Universität einmal mehr Geld hatte als die Stadt. Auf Grund des Nachsatzes könne man nicht ohne weiteres den Vertrag ändern, da die jetzige Steueränderung keine Änderung des Anlagefußes sei. (2) Ebenso wünscht er den Reichsgerichten die bisher gewährte Vergünstigung, die man deshalb gegeben habe, weil es noch fraglich war, ob das Reichsgericht in Leipzig bleiben würde. Man solle jetzt, wo das Reichsgerichtsbauwerk fertig sei, nicht sobald die Vergünstigung aufheben. Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird mit 33 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Stadtv. Dr. Göhring tritt für unveränderte Annahme der Ratsvorlage ein. Die Gemeinde dürfe keine vom Staate abweichende Steuerpolitik treiben, wenigstens nicht auf einem Gebiete, das sich der Staat als Domäne erforen. Bei der Anziehung der Steuerlasten in den hohen Klassen werde die Privatwohlthätigkeit nachlassen. Eine weitere Steigerung der Progression sei um so unangängiger, als ja noch die Extrabesteuerung des fundierten Einkommens ins Auge gefaßt sei. Die Eingabe des Bezirksvereins Leipzig-West könne Redner nicht als erledigt betrachten, da sie die Einführung indirekter Steuern verlange, die der Redner für die beste Besteuerungsart hält, da es ein Gefühl von Freiheit hervorrufe, wenn man seine Bedürfnisse selbst festsetze und danach selbst bemesse, wieviel man Steuern zahlen wolle. Auch ließen sich noch höhere Erträge aus den Gasanstalten, sowie aus dem Schlacht- und Viehhofbetrieb erzielen.

Stadtv. Rechtsanwält Harich erklärt sich aus Gründen der Gerechtigkeit für den Antrag Jung, ist aber gegen die Steuerfreilassung der Einkommen von 4—600 Mk. Auch gegen den Antrag betr. Extrabesteuerung des fundierten Einkommens hat Redner Bedenken und hält es für räthlicher, lieber noch eine geringfügige Steigerung in der Progression eintreten zu lassen. Ein wiederholter Schlufsantrag wird angenommen, ihre Stellungnahme gegen den Antrag Jung zu begründen und auf die förmlichen Ausführungen des Stadtv. Dr. Göhring zu antworten. Ferner ist noch hervorzuheben, daß auf die Anfrage des Stadtv. Bollender über etwaige indirekte Steuerpläne vom Ratsliche eine Antwort nicht erfolgte. Nun, Schweigen ist auch eine Antwort.

Dem gestern bereits mitgetheilten Abstimmungsergebnisse ist noch hinzuzufügen, daß der Antrag Jung abgelehnt wurde.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Dresden, 20. Februar. Genosse K. Thiebold in Cölln-Meissen wurde heute vom hiesigen Landgericht wegen Verleitung der Offiziere, Unteroffiziere und der Heeresverwaltung der sächsischen Armee zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Auch hier kommt, abgesehen vom Streik in der Konfektionsindustrie, die Lohnbewegung dieses Jahr stark in Fluß.

Vorgestern abend hielten die Maler, Lackierer, Anstreicher im großen Saale des Trianon eine öffentliche Versammlung ab, die von etwa 1000 Personen besucht war. Man beschloß nahezu einstimmig, an dem seiner Zeit aufgestellten Tarife — neunständige Arbeitszeit; 20 Prozent Lohnzuschlag bez. ein Winteralohn von 45 Pfg. für jeden Maler und 40 Pfg. für jeden Anstreicher u.; besonderer Zuschlag für Ueberstunden, Sonntagsarbeit; Aufhebung der Accordarbeit — festzuhalten, obschon sich die Zunft ablehnend verhält, und die Forderungen mit allen gesetzlichen Mitteln durchzuführen. Eventuell vom 15. März ab soll der Streik beginnen.

Die Zimmerer waren gleichfalls vorgestern abend in großer Anzahl in der Gildenen Aue versammelt, um über die Lohnfrage zu beraten. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die zehnstündige Arbeitszeit und einen Mindestlohn von 40 Pfg. zu fordern.

g. Zwickau, 18. Februar. Ueber Bedrückungen der Berg-

leute gehen und wieder von verschiedenen Seiten Berichte zu, die wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten wollen. Trotz des stotlen Geschäftsganges und der mehrmonatlichen Ueberarbeitszeit (fast durchgängig 12 Stunden unter der Erde) hagelt es auch noch Strafen über Strafen auf die armen, abgearbeiteten Leute herab. Auf zwei Schächten der Zwickau-Oberhohndorfer Grubengewerkschaft (Wilhelmsschächte) wurden vom November 1895 bis Ende Januar allein 1235 Hunte gemißt, d. h. wegen unreinen oder ungenügenden Füllens mit je 1 Mk. Gefängnis belegt. Da man für den Hunt nur durchschnittlich 60 Pfg. bezahlt, müssen also öfters 2 Hunte umsonst geliefert werden. Dazu kommen noch Strafen wegen Uebertretung der Arbeitsordnung, die von 50 Pfg. bis 4 Mk. betragen. Auf einem Hohndorfer Werk wurden z. B. letzthin 29 Arbeiter mit je 1 Mk. bestraft, weil sie sich bei der Einfahrt, die dort ziemlich lange dauert, „gerammelt“ haben sollten, wenn sie aber zu spät an den Arbeitsort kommen, ist's den Steigern auch nicht recht.

Es heißt zwar immer, daß die Arbeiter sich freiwillig zur Ueberarbeitszeit anbieten oder daß es in ihren freien Willen gestellt sei, Ueberstunden zu verfassen; wie es aber mit diesem freien Willen bestellt ist, erfährt ein Bergmann vom hiesigen Bräudenbergwerk, er weigerte sich, an einem Ort, wo über 30 Grad Celsius Wärme waren, zwölf Stunden zu arbeiten und fuhr zwei Stunden eher aus wie die anderen; am darauffolgenden Abend durfte er nicht wieder mit anfahren, sondern wurde zur Tagarbeit gewiesen; als er um wenigstens solviel Verdienst forderte, wie er unter der Erde erworben, entließ man ihn; da dies ohne nähere Angabe der Gründe erfolgte, wird er wenigstens die eingezahlten Pensionsgelder zurückhalten müssen.

Wie gesundheitschädlich die lange Arbeitszeit wirkt, erfährt man daraus, daß auf letzterem Werke, nach der Angabe des Anaptschaftskassierers, vom 1. Januar dieses Jahres ab bis zum 15. Februar bei einer Belegschaft von circa 1500 Mann 441 Krankheitsheine ausgebrochen worden sind. Auffällig ist auch die große Zahl der Geisteskranken, die fortwährend in das Stadtkrankenhaus eingeliefert werden; das Seitenweesen blüht hier und in der Umgegend stark und auf das Conto dieser überspannten, religiösen und spiritistischen Bewegung ist wohl mancher solch traurige Fall zu schreiben. — Die Steinmehlen auf Baumeister Wolfs Steinmehel-Werke haben heute wegen schlechter Behandlung seitens des Werksführers Wolf vom und Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Wolf, welcher seine Arbeit für den hiesigen Rathausbau liefert, zahlt 20 Prozent unter dem Zwickauer Tarif. Die Streikenden, 8 an der Zahl, werden, da die heute abend stattgefundenen, von allen Kollegen besuchte Versammlung ihr Vorgehen gebilligt hat, jedenfalls vom Centralverband der Steinmehlen, Sitz Berlin, den sie angehören, unterstützt.

Von der Wahlrechtsbewegung.

Die in kürzester Zeit zu erwartende Erklärung hervorragender sächsischer Unternehmer gegen den Wahlrechtsentwurf wird, so meldet man der Frankf. Ztg., betonen, daß man gerade in einer regen und freudigen Beteiligung der unbemittelten Volksklassen am staatlichen Leben einen Weg zum sozialen Frieden erblicke. Aus diesem Grunde halte man es für bedenklich, dem Großkapital neben seinen materiellen Vorteilen noch politische Vorrechte einzuräumen. Im Sinne vieler Arbeitgeber glaube man noch ganz besonders davor warnen zu müssen, durch die geplante Wahlrechtsänderung in die fleißigen Arbeitermassen Sachsens plötzlich unnütze Verbitterung hineinzutragen und die Stellung der Unternehmer zu erschweren. Diese hätten zu wünschen, daß die Ehre und das Selbstgefühl ihrer „Mitarbeiter“ nicht verletzt und die verfassungsmäßige Geltendmachung ihrer gewerblichen und persönlichen Interessen ihnen nicht erschwert werde. Unter der Erklärung werden sich die Namen von weit bekannten sächsischen Industriellen befinden.

Eine Massenpetition gegen die reaktionäre Abänderung des sächsischen Wahlgesetzes soll — so wird der Berliner Volkszeitung aus Bittau geschrieben — „demnächst an den König von Sachsen, als die höchste Instanz, abgesandt werden. Für sie werden gegenwärtig im ganzen Lande Unterschriften gesammelt. Die Petition ist von Bittau, aus der Mitte der freisinnigen Volkspartei, ins Werk gesetzt worden und demartig ge-

halten, daß sie von Mitgliedern aller Parteien unterschrieben werden kann.“ Siehe auch die Notiz über Sohms Petition an den König unter Leipziger Angelegenheiten!

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 21. Februar.

Die Wahlrechtsbewegung schwillt immer mehr an, die sächsischen Kinder des Volkswillens stehen immer enger in ihrem Kampfe gegen die Rechte des Volkes, bis hinein in die konservativsten Kreise schwillt der Unmut gegen die gesetzgebenden Reaktionäre. Von ihnen erhofft kein Mensch mehr bessere Einsicht; sie sind und bleiben auf der brutalen Ausübung ihrer augenblicklichen Macht. Und doch wollen gerade die offenerzigsten und wirklichsten Wegener der Sozialdemokratie das Unheil, das da kommt, noch abwenden und wenden sich in Petitionen an den König selbst. So die Fortschrittler in Bittau, so jetzt konservative, hochangesehene Männer in Leipzig unter Anführung des Universitätsprofessors Sohms. Der strenge monarchisch gesinnte, konservative Professor glaubt den König schlecht beraten, und schreibt in seiner Eingabe an ihn:

Eure Majestät hätte beurtheilen die Stimmung im Lande falsch, wenn sie glauben, es handle sich nur um den Widerstand Derjenigen gegen den Gesetzesentwurf, welche gerade als die Träger der Unzufriedenheit bekämpft werden sollen. Viele Tausende guter Bürger und wackerer Vaterlandsfreunde mißbilligen diesen Gesetzesentwurf, weil er denen, die da haben, giebt, um denen, die da nicht haben, zu nehmen. Wenn dieser Entwurf Gesetz werden sollte, so wird die Zahl der Unzufriedenen nicht vermindert, sondern um viele Tausende vermehrt werden. Die Mehrheit der Staatsbürger wegen ihres geringen Besitzes zu Bürgern dritten Grades zu machen, sie in ewige Minorität versetzen, das kann nur dazu beitragen, künstlich den Klassenkampf zu verschärfen und die Klüft zwischen Reichem und Armen, zwischen Regierenden und Regierten immer weiter zu machen. Es ist gefährlich, der Unzufriedenheit, wenn sie vorhanden ist, den geschnäbelten Weg zu sperren, auf dem sie sich äußern kann, aber es ist für das Vaterland noch viel gefährlicher, die Zahl der Unzufriedenen ins Ungemessene zu vermehren! Die festeste Stütze von Thron und Staat erblicken wir in dem zufriedenen Sinn der Bürger, und darum halten wir diesen Gesetzesentwurf für einen unheilvollen und verderblichen, einem solchen, der den Umsturz nicht verhüten, sondern fördern wird. Wir halten es daher für unsere staatsbürgerliche Pflicht und glauben, unsere Treue und Ergebenheit gegen Thron und Staat nicht besser betätigen zu können, als indem wir an Allerhöchster Stelle unsere Bedenken vorbringen.

Wir sehen auch keinen Grund für eine solche Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte vieler Tausender, weil der gesetzmäßige Sinn des sächsischen Volkes seine Berechnung und Treue zum Herrscherhause und seine Liebe zum Vaterlande stark genug sind, um alle Meinungsverschiedenheiten und sozialen Gegensätze in glücklicher Weise auszugleichen. Es liegt kein Grund vor, an diesen Tugenden des sächsischen Volkes zu zweifeln und diejenigen befinden sich im Irrtum, welche dies Ew. Majestät anders darzustellen suchen.

Als vor einigen Monaten in Leipzig das Haus des obersten deutschen Gerichtes im Besitze Ew. Majestät geweiht wurde, sprach der Präsident jenes Gerichts das Wahrwort: „Gerechtigkeit ist die Grundbesitz der Königreiche! Diefem Grundsatze aber entspricht der neue Gesetzesentwurf nicht. Alle wehrfähigen Staatsangehörigen sind verpflichtet, des Königs Aocd zu tragen und alle sind bereit, wie das Gesetz es bestimmet, ihr Leben und Blut in die Schanze zu schlagen, wenn es gilt, des Vaterlandes Wohlfahrt und Ehre zu schützen. Es giebt keine Abstufung der Wehrpflicht nach der Größe des Besitzes, und als vor 25 Jahren auf Frankreichs Schlachtfeldern mit dem Blute deutscher Männer der mächtige Bau des deutschen Reiches gestiftet wurde, da haben unter Eure Majestät glorreicher Führung Diejenigen, welchen heute ihre Rechte geschnitten werden sollen, nicht zurückgeblieben hinter den Schützen der Reichen. Nach der Gleichheit der höchsten und edelsten Pflicht, der Pflicht, für das Vaterland zu dienen, zu kämpfen und zu sterben, bemesse man aber auch das höchste und edelste Recht, das Recht, die Männer des Vertrauens in die Volksvertretung zu entsenden.

Kleine Chronik.

Leipzig, 21. Februar.

Aus dem Leipziger Musikleben. Ein stürmischer Götterkultus ward von einer begeisterten Menge im letzten Gewandhauskonzert gezeilt.

Erschrick nicht, lieber Leser, dieser Göthe ist ein ganz moderner, heißt Emil mit dem Vornamen und in meinen Augen ist es keine Sünde, wenn die Frauen diesen Göthen anbeten. Denn nicht leicht wird solch eine faszinierende Tenorsstimme wieder gefunden. Emil Göthes Blauzeit ist nun freilich auch vorüber, die hohe Lage gehört ihm nicht mehr mühelos und läßt Frische und Glanz häufig vermissen. Dagegen besteht er noch immer durch die hinreißende Art seines Vortrages. Man muß Stellen, wie: „O Seligkeit, dich sah' ich kaum! (Corymbus) von Emil Göthe gehört haben, um die packende Innerlichkeit und Wärme, die seinen Gesang durchglüht, empfinden zu können. Wunder der Deklamation verrichtete er auch in Lohengrins Erzählung vom heiligen Graf, hingegen er Schuberts: Ungebulb in ruhigerem Tempo nahm, als man es zu hören gewohnt ist.

Die zur Eröffnung des Konzertes gefeierte Schumannsche Ouvertüre: Die Braut von Messina erlangte zu sehr einer ausgeprochenen, charakteristischen Signatur, um tiefere Wirkung hervorzurufen, während die Schubertsche Zwischenaufnahme zum Rosamunde bei aller Einfachheit der technischen Ausarbeitung ungemein sympathisch berührt. Bei Schumann alles Arbeit, bei Schubert alles Stimmung.

Geistreiche Arbeit und edelsten Stimmungsgehalt, diese Hauptfaktoren einer idealen Komposition, zeigt uns Beethoven in seiner Sinfonia eroica, die das Konzert beschloß, in höchstem Maße vereinigt. Den gewaltigen Trauermarsch (2. Satz der Sinfonia), der in den Gewandhaus-Konzerten früherer Jahre in einer ganz unwürdigen Verfassung heruntergespielt wurde, wieder zu Ehren gebracht zu haben, ist ein Verdienst Nikischs, der sich für die temperamentvolle Wiedergabe der eroica mit der Gewandhaus-Kapelle in den reichlich gespendeten Beifall teilen darf. B. St.

Die Spielkarte des Brandenburgischen Provinzial-Landtags-Diners, auf dem der Kaiser eine Rede gehalten hat, zeigte unter dem roten Brandenburgischen Adler den Wahlspruch:

„Sie guet Brandenburg allewege.“ Sie lautete: Artischocken-Suppe. — Herru u. Portwein, 1886 er Hochheimer, 1884er Palmer Margau. — Forellen geröstet mit Colbert-Sauce. — 1888er Josefshöfcher. — Obenburger Kalbbraten nach Southe. Hamburger Kinderjungie in Madeira. — 1888er Chateau Bischoff-Longueville. — Pastete von Schneepfen mit Trüffel. Wildschwanzkopf, Cumberland-Sauce. — 1888er Ribbesheimer Berg Auslese. — Boullarden, Japansen. Salat, eingemachte Früchte. — 1875er Chateau Latour. — Viererlei junge Gänse. — Fleur de Sillery. — Gefrönerer Bienenkorb. — Ueberladenes Eis. Vanille-Speise mit Ananas und Erdbeer-Marmelade. — Käsebröckchen und Chastertuchen. — Früchte. Radisch.

— Der deutsche Historikerkongress wird vom 11. bis 14. September in Innsbruck abgehalten.

— Was ist der Mensch? Aus was besteht der Mensch? Was erhält man, wenn er chemisch zerlegt wird? Der Mensch besteht aus dreißen Grundstoffen, von denen fünf gasförmig und acht fest sind. Der Hauptbestandteil ist Sauerstoff in einem Zustand von äußerster Zusammenpressung. Ein Normalmensch von 70 Kilogr. Gewicht enthält 44 Kilogr. Sauerstoff, welche unter gewöhnlichen Verhältnissen einen Raum von 28 Kubikmetern einnehmen würden. Ferner birgt besagter Mensch 7 Kilogr. Wasserstoff, welche im freien Zustande einen Raum von 80 Kubikmetern füllen würden. Die drei übrigen Gase sind Stickstoff (1,72 Kilogr.), Chlor (0,80 Kilogr.) und Fluor (0,1 Kilogr.). An festen Stoffen enthält der Normalmensch 22 Kilogr. Kohle, 800 Gr. Phosphor, 100 Gr. Schwefel, 1750 Gr. Calcium, 80 Gr. Kalium, 70 Gr. Natrium, 50 Gr. Magnesium und 45 Gr. Eisen. Edelmetalle birgt somit der menschliche Körper nicht, und er enthält in der Hauptsache nur Stoffe, die wohlfeil sind, wie Brombeeren. Eine bergmännische Ausbeutung des Menschen würde sich kaum verlohnen.

— Sir John Mills wurde als Nachfolger Lord Leighton zum Präsidenten der königlichen Akademie in London gewählt.

Der Krieg von 1870—71 in englischer Beleuchtung. Aus London wird uns vom 17. Februar geschrieben: Unter den Büchern, welche den großartigen Roman der Baronin von Suttner „Die Waffen nieder“ an die Seite gestellt zu werden verdienen, indem sie die Bestialität, Grausamkeit und Ungerechtigkeit des organisierten Massenmordes, wenn auch von anderer Seite hervorheben, erwähne ich hier zwei in England in den letzten Monaten erschienene Werke. Der Zeit nach früher kommt ein Werk von

Archibald Forbes, Memorios and Studies of Peace and War. Diese Kriegserinnerungen stammen von dem seiner Zeit vielgenannten Korrespondenten der Londoner Daily News her, der zehn Jahre lang in allen Weltteilen die große Londoner Zeitung vertrat, bis er im 42. Altersjahr nach den Strapazen eines nächtlichen Rittes von Ulmbt nach Natal als Invalide das schreckliche, aufreibende Handwerk der Berichterstattung im Felde aufzugeben genötigt war. Seine Erlebnisse in deutsch-französischen Krieg, den er zum Teil mit dem sächsischen Hauptquartier mitmachte, sind mit einer so haarsträubenden Realistik geschildert, daß man beim Durchlesen unwillkürlich einen großen Abscheu vor dem Kriege und seinen Urheberern empfindet. Forbes macht auch trotz gelegentlicher Faszination von seinen wirklichen Gefühlen kein Hehl. — Das zweite Buch stammt von einem Herrn Ryan her, der mit einer amerikanischen Anstalt den Feldzug von 1870/71 mitmachte und wie Forbes bei dem Fall von Sedan zugegen war. „Ein scheußliches und ungeheuerliches Ding“ nennt Ryan den Krieg. Diejenigen, die den Krieg nicht mitgemacht haben, können sich von dem abscheulichen Ding keine Vorstellung machen,“ sagt er irgendwo. Ryan erzählt von den Scheußlichkeiten, die im Dorfe Bazailles begangen wurden, von der Insubordination der Turkos, von den hungrigen Scharen, die über rohes Pferdefleisch herfielen und es verzehrten, von dem entsetzlich desorganisierten Zustand der französischen Ansbulungen. Von Sedan wandte sich Ryan nach Orleans und schilbert uns, wie in der Kathedrale dieser Stadt die bayerischen Truppen dem „Friedensfürsten“ Ehre erwiesen, indem sie bei der Hochmesse die Gewehre präsentierten. Auch von den häufigen Konflikten zwischen Preußen und Bayern hat Ryan viel zu berichten. Gambettas schlecht gekleidete Rekruten, die Flucht der Franzosen, Transporte von Gefangenen — alles hat Ryan mit angehaut, und alles hat er prächtig geschildert — im Interesse des Völkere Friedens.

Sumoristisches.

Malitios. Dichterling: „... Ich verflühere Sie, ich kann nur des Nachts dichten!“ — Guter Freund: „Aber da nehmer Sie doch einfach Schlafpulver!“

Aus der Kaserne. Unteroffizier (zu einem neu eingetretenen Einjährigen): „Was sind Sie denn in Ihrem Civildienst?“ — Einjähriger: „Doktor der Pflanzschule!“ — Unteroffizier: „Unfinn, so 'ne Krankheit giebt's ja gar nicht!“ (Bl.)

Ev. Majestät haben einst das hochherzige Wort ausgesprochen, der Hauptfehler der Zeit liege darin, daß man zu viel nach oben blicke und von dort eine Parole erwarte: oben bedürfe man des Rates auch und sei dankbar dafür. Dieses Wort giebt den Unterzeichnern, welche den verschiedenen Parteien angehören, den Mut, schlicht und gerade, aber in aller Ehrfurcht, wie es Ev. Majestät Unterthanen geziemt, unsere Meinung und unsere Wünsche an den Stufen des Thrones niederzulegen. Ev. Majestät haben oft und immer wieder gezeigt, daß Ihrem Königlichen Herzen alle Staatsbürger, wes Standes auch immer sie sind, gleich nahe stehen und Ev. Majestät werden auch jetzt, des sind wir sicher, nicht wollen, daß nach der Größe zufälligen Besitzes die politische Wertschätzung der Staatsbürger bemessen werde. Zu Ev. Majestät blicken wir daher voll Vertrauen auf, indem wir in tiefster Ehrfurcht bitten:

Ev. Majestät wollen allergnädigst geruhen, diesem Gesuchentwurf, falls er von Ev. Majestät Ständen angenommen wird, die königliche Sanction zu versagen!

Welch ein Schlag ist diese Sprache von einem Manne wie Sohms, der auf dem Boden der konservativen Weltanschauung steht, für den Klängel der Reaktion. Ueber die gegebenden Gewalten hinweg, auf die kein Vertrauen mehr ist, wendet sich Sohms direkt an den König, an den Mann, der als Kronprinz schon für das direkte Wahlsystem in Sachsen eingetreten ist. Welcher Triumph für die Sozialdemokratie!

Auch unter den Leipziger Nationalliberalen gärt es gewaltig wegen der Haltung, die die nationalliberale Landesversammlung zu der Wahlrechtsvorlage eingenommen hat. Daß es bereits zum offenen Zwiespalt in der nationalliberalen Partei gekommen ist, zeigt ein H. M. unterzeichneter Artikel der Leipziger Neuesten Nachrichten, aus dem wir folgende Stellen ausheben:

Hat die Leipziger Generalversammlung das Verhältnis der Meinungen in der Partei, 2/3 gegen 1/3, zum Ausdruck gebracht? Rimmermehr. Nicht deshalb bestreite ich dies, weil zu der Redefreiheit der sogenannten Generalversammlung auch „Freunde“ geladen waren — gegen die Statuten — sondern weil allein schon mehr Parteigenossen als anwesend waren, ihr ablehnendes Votum schriftlich zur Kenntnis der Versammlung gebracht hatten, die „ganze Lausitz“, die Döbeline, Frankenberg!

Kann jemand glauben, daß die Meinungsverschiedenheit der Partei nichts schaden werde? Ein Auseinandergehen in der bedeutungsvollsten politischen Frage der Zeit sollte möglich sein, ohne daß die Leute auseinandergehen? Wo ist denn dann „das gemeinsame, was uns verbindet.“? Etwa in den wirtschaftlichen Fragen? Nein: ein solcher Miß kann durch Tischreden nicht verkleistert werden. Die Geister sind verschieden, darum müssen sich die Leute scheiden, wohl oder übel. Ein mixtum compositum (Mischmasch) kann nicht länger eine politische Partei sein.

Wer etwas von Sozialpolitik versteht, weiß, daß sich soziale Reformen nicht octroyieren lassen. Sie werden nie das Vertrauen der notleidenden Klassen finden, wenn diese selbst von der politischen Mitarbeit, weil sie nicht Geld genug hatten, ausgeschlossen waren!

In der That, wer sich auch der Erkenntnis verschließen wollte, daß der Kampf ums Wahlrecht grundverschiedene Anschauungen von politischen Dingen in ein und derselben Partei zu Tage gefördert hat, er würde es nicht vermögen, darun reinliche Trennung. Welcher von den beiden Flügeln ist besser nationalliberal? Es genügt aber auch hinzuweisen, daß zur selben Zeit die Nationalliberalen Badens das direkte Wahlrecht an die Stelle des indirekten setzen werden. Dort Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts, bei uns Abschaffung desselben. Und das in einem Monat. Eine national-liberale Front!

Die bürgerliche Presse Leipzigs hat sich in der Frage der Wahlrechtsvorlage so verhalten oder so schloß benommen, daß wir uns nur über die grenzenlos dumme Anspruchslosigkeit ihres Publikums wundern können, das sich so behandeln läßt. Die traurigste Gestalt im ganzen Reigen bildet — wer möchte fragen — das nationalliberale Tagesblatt, das hinten im schmutzigen Inseratengeschäft, vorn in der Dupierung seiner Leser macht, auf daß ja das Publikum doppelt geschoren werde: vorn die Gewinnung verkauft ganz nach dem Preise, hinten wird bezahlt, was vorn quillert wird: je mehr das Geld für den Inseratentwurf springt, desto verzichtlicher das reaktionäre Lied erklingt. Selbstverständlich ist das Tagesblatt ein so ehrenvolles Blatt, daß bei ihm so etwas durchaus ausgeschlossen ist. In einem Artikel über die Wahlrechtsvorlage geht es zu, daß das vorgeschlagene Wahlsystem nicht den gewohnten liberalen Anschauungen entspreche, aber die Charakterlosigkeit des heutigen Liberalismus sei aus blasser Angst vor dem durchaus berechtigten und gesetzlichen Vordringen der Sozialdemokratie, der großen Volkspartei so auf den Hund gekommen, daß die liberale Partei sich und ihre Grundzüge gern aufgeben und die schwärzeste Reaktion nicht scheue. Das nennt sich dann noch liberal. Daß hat früher für die Erweiterung politischer Rechte gewirkt und gestimmt! Und dann will das Blatt resp. der engere Vorstand des nationalliberalen Vereins Sachsens dem Mittelstande in dreifacher Verdrehung der Thatsachen vormachen, die Mittelstände würden bei der Wahl ausschlaggebend sein. Diese Behauptung stellt sich, wie wir schon des öfteren nachgewiesen haben, als eine Lüge dar. Die Handwerker wie die meisten Bauern kommen in die dritte Klasse, wo sie nie tan feggen haben. Und dann diese Verweisungsarbeit: die Wahlmänner der ersten und zweiten Klasse würden schließlich auch einmal einen Abgeordneten der dritten Klasse wählen, wenn er in ihren Augen tüchtig sei. Das ist's ja gerade, daß das Volk so empört ist, daß es schließlich der Gnade der Reichen und Reichsten ausgeliefert wird. Und da wagt es noch eine feile Presse, das Volk zu verhöhnern, in seinen Wunden mit grausamer Freude zu wählen. Selbst Blätter wie der Generalanzeiger geben doch schließlich die Volkstrentung durch das Wahlgesetz zu. Freilich auch dieses Blatt hat ein recht bezeichnendes Spiel mit seinen Lesern getrieben. Als es noch Zeit gewesen wäre, gegen die Vorlage anzustürmen und seine Leser zum Proteste zu animieren, da hat es die Interessen der sächsischen Reaktionäre mehr respektiert als die Rechte seiner Leser und hat wohlweise geschwiegen. Jetzt da nichts mehr zu machen ist, die Vorlage so gut wie Gesetz ist, da wagt sich der feige Geselle aus seinem Bau heraus und verdammt und verurteilt die Vorlage so gut wie wir. Er schreibt jetzt, wo er sich die Pfoten nicht mehr verbrennen kann, über das Gesetz: „Das Ergebnis dürfte im ganzen folgendes sein. Von den 600000 Landtagswählern, die Sachsen nach dem Erlaß des neuen Gesetzes haben wird, werden sich höchstens 50000 in der ersten, sodann vielleicht 100000 in der zweiten, sicher aber 450000, also volle 75 Prozent, in der dritten Abteilung befinden.“ Und diese 450000 Wähler können auf Grund des

neuen Wahlsystems jeder Zeit von den übrigen 150000 majorisiert werden, d. h. ihre Vertretung und damit ihr Wahlrecht wird gleich Null sein. Ein derart beschaffenes Wahlgesetz mag man nach einer die Gemüter in höchste Aufregung versetz habenden Revolution als Notwahlgesetz beschaffen haben, wie das in Preußen im Jahre 1849 geschah — in unsere Zeit, die es sich zur höchsten Aufgabe gestellt hat, die Klassegegensätze nach Möglichkeit auszugleichen, paßt es so schlecht wie möglich. Das neue Wahlgesetz wird bestimmt, und das ist seine schlimmste Folge, in welche Kreise Verbitterung tragen und so selbst nicht einmal diejenigen einsichtigeren Mitglieder der Kammermehrheit erfreuen, die jetzt drauf und dran sind, das Gesetz zu schaffen.“ Warum hat der Anzeiger das nicht früher geschrieben, wo er doch jetzt selbst zugesteh, daß nichts mehr zu machen sei, daß die Vorlage so gut wie Gesetz. Nun ja, so vertritt eben die heutige bürgerliche Presse, da nirgends mehr Gefahr für sie droht, die politischen Rechte ihrer Leser. Entweder läßt sie frech das Blaue vom Himmel herab oder treibt sie die Politik des: Wasch mir den Pelz und mach ihn nicht naß. Dieses Spiel muß aufgedeckt, an den Pranger gestellt werden, damit das Publikum dieser Presse endlich erkennt, wer seine jetzigen und wo seine wahren Freunde sind.

Der Sohms-Bindingschen Erklärung gegen die Wahlrechtsvorlage haben sich ferner angeschlossen die Herren: H. W. Albrecht, F. W. Freilich v. Biedermann, Verlagsbuchhändler. Heim. K. Eckstein, Eisen und Stahl in groß. O. Jenner, Geh. Justizrat, Rechtsanwalt beim Reichsgericht. Hermann Finkel, Buchbindermeister. Dr. phil. R. Geerds, Redakteur. Wolfgang Gerhard. Georg Friedr. Giesecke, Schriftgießereibesitzer. Dr. Walther Giesecke, Schriftgießereibesitzer. H. Glend. Dr. Alb. Haack, Prof. a. d. Universität. Karl Helmrich, Professor. Dr. Karl Heinemann, Mag. Bergersberg. Gustav Herrmann (Höbiger u. Quard). Dr. Alfred Hettner, außerordentl. Prof. a. d. Univ. Dr. Georg Holz, Privatdozent a. d. Univ. Dr. med. Arthur Kollmann, Privatdozent a. d. Univ. Ab. Lang, Redakteur. Justizrat Dr. Langbein, Rechtsanwalt und Notar. C. Butterbeck. Dr. med. Paul Madentzun. Hermann Martin, Referendar. Pastor Dr. Paul Mehlhorn. Dr. med. Friedrich Müller, Rechtsanwalt Dr. Penzig. Paul Prinz, Professor. Dr. Arthur Preffer, Privatdozent a. d. Univ. Herrn. Schreiber, Ingenieur und Professor. O. Schulte, Pfarrer. Prof. Dr. Werner Spalichholz. Dr. A. Thicme, Prof. a. d. Univ. Karl Voerster (F. Volkmar). Johannes Ziegler (F. Volkmar). Rich. Zuchardt, Professor. Außerdem von auswärts die Herren: Justizrat Dr. Karl Böhme (Munaberg) Mitglied des Reichstags. Pfarrer Bruno Gase, Heinrichsdorf.

Das Leipziger Tageblatt bringt den Artikel Sohms gegen die Wahlrechtsvorlage als — Inserat. Die Inseratenplanlage des Leipziger Tageblatts wirtschaftet so geschickt wie nur ein amerikanischer Humbuger. Geld reicht nicht.

Ferdinand Goeg, der Debbchen-Goeg, dem die Sozialdemokratie des 13. sächsischen Wahlkreises aus dem Reichstagswurf und der seitdem als Turner-Goeg ein beschauliches Dasein führte, hat gestern in der Leipziger Neuesten Nachrichten einen fulminanten Schimpfartikel gegen die Sozialdemokratie veröffentlicht, der diesen ehemaligen Demokraten und jetzigen Schleppenträger der Reaktion in seiner ganzen Glorie zeigt.

Herr Goeg hat längst aufgehört, eine ernsthafte politische Figur zu sein, und es verlohnt sich deshalb eigentlich nicht, seinen Schimpfereien einige Beachtung zu schenken. Aber Herr Goeg ist ein Typus des sächsischen Bürgerlums.

Deshalb mögen einige Stellen seines so giftgeschwollenen, wie heiter wirkenden Elaborats hier Platz finden. Er donnert wie folgt los:

Hohe Zeit war es, den unverbesserlichen Schreibern und Volksverführern endlich einmal wieder zu zeigen, daß es noch einen Staat giebt, der Gesetze machen kann, wenn er es für nötig hält, — Gesetze, die diejenigen zu umgibren wissen, die sich außerhalb des Staates stellen und auf keinen Umfug hinarbeiten. Weiter hat die Wahlreform keinen Zweck, — die Partei, die Volksverführer sollen getroffen werden, — nicht das verführte Volk, dem die Einsicht unter den neuen Verhältnissen wieder kommen wird, daß die Phrase eines neutralen Flugblattes eine große Lüge ist, „daß die Mächtigen und Reichen im Lande mit Gewalt und List jeglichen freithätigen Fortschritt und jegliche materielle Hebung der großen Volksmassen zu vereiteln suchen und daß man die wüthigen politischen Rechte, die das Volk habe, auslöschen wolle.“ Hinterr mit der Maske, Ihr Feind und Volksverführer! Wie habt Ihr und die von Euch verführten Massen die gewaltigen Fortschritte, die großen Rechte und Freiheiten benimmt — was habt Ihr aus ihnen gemacht? Ihr habt nie und nimmer erwählt, um mit für das neue Reich und das endlich erstandene Vaterland, für das Wohl des Volkes zu arbeiten, sondern nur um ungestraft alles herunterzureißen, was sonst dem Volke heilig war, und Eure Schand- und Brandreden ungestrraft von der Tribüne herab verplendert in die Massen zu bringen — Ihr habt die Liebe zum Vaterlande, die Freude an der sozialen Gesehung dem Volk aus dem Herzen gerissen, statt sie als Anfang einer besseren Zukunft zu begründen! — Und weil Ihr, um oben zu bleiben, unreife Massen und blind folgende Wähler braucht, verpöht Ihr dem Volke die stolze Freude an seinem Wahlrecht und macht ihm weiß, es sei nicht das wahre, weil nicht die Wahlen von 20 Jahren und die Frauenzimmer mitwählen können! Die Pressefreiheit und das Versammlungrecht habt Ihr benimmt, um alles in den Schmutz zu ziehen, vom Kaiser bis zum kleinften Mann, vom Reich bis zu der bescheidensten Gemeinde — Ihr habt sie benimmt, dem Volk die Liebe zum Vaterland systematisch auszutreiben, um Religion und Christentum und die Heiligkeit des Eides und der Ehe zu verhöhnern. — Ihr habt sie benimmt, dem Manne die Sorge für die Seinen lästig zu machen. — Ihr habt sie benimmt, den Massenhaß, den Haß gegen alle, die es was haben oder Arbeiter beschäftigen und mit Fleiß vorwärts streben, zu schüren. — Ihr habt sie endlich benimmt, dem Volke die Freude an der Arbeit, den Trieb zu lernen und zu streben zu nehmen, indem Ihr goldene Berge bei wenig Arbeit und gleichen Lohn für alle, ob faul oder fleißig, müßtern oder überflüssig, versprecht! Den tödtlichen Haß des Volkes gegen die heutigen Zustände, von dem Ihr immer sprecht, — Ihr habt ihn künstlich und teuflisch systematisch dem armen Volke, dessen Blut nicht weiter reicht, eingeimpft! Ihr erklärt das Volk für souverän und behandelt es als unzurechnungsfähige leichtgläubige Masse!

So brüllt und schimpft der ehrenwerte Goeg noch eine ganze Spalte lang weiter, derselbe Goeg, der einst das nachstehende Lied in die Massen schleuderte:

Ich weiß nicht, was soll es bedeuten,  
Daß wir so frühlich sind,  
Es ist doch kein Geld untern Leuten,  
Und draußen weht Bismarck'scher Wind.  
Überall Trödel und Sorgen  
Und Ausflucht auf neuen Krach,  
Kein Mensch will dem andern was borgen,  
Nur wir sind hier harmlos fabel.

Es starret die Welt voll Soldaten,  
Selbst Sachsen hat neue gekriegt,  
Sie mügen von hinten nur laden,  
Den Fortschritt erschließen sie nicht.  
Sie werden der Freiheit nicht Meister,  
Trotz aller Kaiserin so groß,  
Das ewige Ringen der Geister  
Geht flott auf die Zukunft doch los.

Der Krieg hat im Lande gewüthet,  
Manch prächtige Frucht brach er ab,  
Manch Sohn, den die Mutter behütet,  
Sank früher als nötig ins Grab.  
Macht's anders und werdet geschiedter,  
Und gebt Euch zum Krieg nicht mehr her,  
Denn sehen zum Krieg erst die Streiter,  
So streiten die Fürsten nicht mehr.

Man fabelt so viel noch von Ständen,  
Die strengere geschieden wär'n,  
Und meint, wer da schafft mit den Händen,  
Sei schlechter als vornehme Herr'n.  
Für uns giebt's im ringenden Leben  
Der Stände nur zweierlei:  
Den Arbeitenden, und daneben  
Den faulen als Numero zwei.

Das ist Ferdinand Goeg von einst! — Der Schmierfink, der die obigen Subleiten über die Sozialdemokratie zusammenstellte, ist Ferdinand Goeg von heute. Eine herrliche Entwicklung, die Herr Goeg durchgemacht hat!

Als er schon vor Jahren deswegen zur Rede gestellt wurde, gab er zur Antwort: Gebt mir meine Existenz, so bin ich der alte Demokrat von früher!

Und dieser Mann hat die Stirn, sozialdemokratischen Redakteuren Geseinnungslumperei vorzuwerfen. Es muß traurig bestellt sein um eine „Ordnung“, um ein Recht, die sich von solchen Elementen verteidigen lassen muß.

Der bekannte „grüne Jungen“-Frege hat seinen geschmackvollen Ausdruck, den er vor Jahren im Reichstagsfall fallen ließ, vor einigen Tagen in einer Berliner Handwerkerversammlung, über die wir an anderer Stelle schon berichtet haben, in etwas abgeänderter Form wiederholt. Der Kölnischen Volkszeitung schreibt man darüber:

Bezeichnend war das Ausrufen des Abg. v. Frege, der die Anhänger Babels „unreife Jungen“ nannte und versicherte, die Konservativen würden alles thun, um den Maximalarbeitstag im Bäckergewerbe zu verhindern, der die Erziehung dieses Gewerbes in Frage stelle. Er ist damit einverstanden, daß in der sozial-reformatorischen Gesehung jetzt endlich ein gewisser Halt gemacht werde.

Herr v. Frege ist sächsischer Abgeordneter — das sagt alles.

Die höheren Schulen in Sachsen. Nach einer statistischen Aufnahme vom 31. Oktober 1895 wurden die 17 Gymnasien des Königreich Sachsen von 5526, die 10 Realgymnasien von 3465 und die 23 öffentlichen Realschulen von 6080 Schülern besucht; im Durchschnitt entfallen von je 100 Schülern höherer Lehranstalten auf die Gymnasien 37 (am 31. Oktober 1893: 40), auf die Realgymnasien 23 (24), auf die Realschulen 40 (36) Schüler. In den Gymnasien wirken 395, an den Realgymnasien 233, an den Realschulen 326 Lehrkräfte.

Die Schulgeld-Gebühren Leipzig-Volkmarisdorf und Leipzig-Blagwitz bleiben wegen vorzunehmender Reinigungsarbeiten Sonnabend den 22. Februar geschlossen.

Begperrung. Wegen vorzunehmender Erdarbeiten wird der Scheidenholzweg vom 24. d. M. ab bis auf weiteres für allen Fuß- und Fahrverkehr gesperrt. Während dieser Zeit wird der Fahrverkehr auf die verlängerte Marschner- und Karl Tauchnitz-Straße verwiesen.

Totenliste. Ein braver Genosse, der Maurer Gottfried Seyfert, ist gestern an Gehirnschlag verstorben. Der Verstorbene war bereits mehrere Jahre unter dem Sozialistengesetz eifrig für unsere Partei thätig, jetzt Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins für Leipzig-Eild und gehörte auch der Gewerkschaftsorganisation der Maurer an. Ehre seinem Andenken!

Der Forschungsreisende Hermann Meher, der nach einer Meldung des Bureau Meuter von Indianer überfallen und verwundet worden sein soll, hat seinen hier wohnenden Angehörigen seine glückliche Ankunft in Desterro (Südost-Brasilien) angezeigt.

Bermitt. Unter Zurücklassung eines Bettels, in dem er die Abtötung des Selbstmordes ausspricht, ist seit dem 15. d. M. der Schneider Johann Uhlig, 29 Jahre alt und aus Breslau in Böhmen gebürtig, aus seiner Wohnung Weissenfeller Str. 86 zu V.-Blagwitz verschwunden. Uhlig ist groß, dunkelblond und trug dunklen Jacketanzug sowie grauen Hut.

Ein Londoner Geschäft, das mit Bettstellen und Betten handelt, kam kürzlich aus Leipzig ein Schreiben, das die Aufschrift trug: „Messrs. Bedsteads and Bedding, London.“ Das heißt auf deutsch: „Herren Bettstellen und Betten, London.“ Zum Trost des sprachunbündigen Leipzigers diene, daß sein Schreiben trotz der rätselhaften Adresse in die richtige Hand gelangte.

Arbeiterriß. Beim Abheben eines eisernen Querbalkens an einem Bau der Südstraße stürzten gestern zwei Maurer eine Etage hoch herab. Beide erlitten schwere Verletzungen und wurden nach dem Krankenhaus überführt. — Bei der Arbeit brach gestern an einem Bau der Frankfurter Straße ein 60jähriger Maurer aus Schwäbe zusammen. Der ärmste hatte erst seit einem Tage wieder Arbeit gehabt.

Unfallsfälle. Von einem herabfallenden Dachziegel wurde der 34 Jahre alte Tischler Richard B. beim Passieren der Seeburgstraße berast auf den Kopf getroffen, daß er schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. — Eine 28jährige Musikersfrau wollte in der Bahnhofstraße auf einen im vollen Gange befindlichen Pferdebahnwagen springen; sie fiel jedoch hin und zog sich einen Unterschenkelbruch zu.

Ueberrfahren wurden gestern drei Personen. Von seinem eigenen Gefährt, auf das er soeben aufspringen wollte, wurde gestern in der Karlstraße der Kutscher Max H. berast über das rechte Bein und den Unterleib gefahren, daß er sehr schwer verletzt wurde. — Ferner wurde eine 43jährige Kaufmannswitwe in der Duerstraße von einem trabfahrenden Fleischergesäß umgriffen und am Gesicht und Körper verletzt. — Ein 14jähriger Schulmädchen wurde an der ersten Bürgerschule von einer Drofche überfahren. In allen drei Fällen leistete die Sanitäts-wache die erste Hilfe.

Wegen Eittlichkeitsverbrechens gegen § 176, 3 des Str.-G.-B. wurde ein 19 Jahre alter Gaudarbeiters aus Schönau



von der Kriminalpolizei in Plagwitz festgenommen und an die Staatsanwaltschaft abgeliefert.

**Wegen Einbruchs** in einen Keller der Gustav Adolf-Straße, aus dem sie ein erhebliches Quantum Wein gestohlen haben, wurden ein hiesiger Schriftsetzer und ein Handarbeiter aus Zschernitz, beide 19 Jahre alt, in Haft genommen.

### Auf zur Ortskassenwahl!

Noch wenige Tage trennen uns von der Wahl, die nicht minder wichtig wie die für die Parlamente ist. Handelt es sich doch bei der Wahl von Generalversammlungsvertretern für die Ortskrankenkasse um eine direkte wirtschaftliche Frage, da es von den zu erwählenden Vertretern zum größten Teil mit abhängt, wie sich in Zukunft die Verhältnisse in der Leipziger Ortskrankenkasse gestalten werden.

Die Vorkommnisse der letzten Zeit innerhalb des Vorstandes der Ortskrankenkasse, die genügend erläutert worden sind in der öffentlichen Mitgliederversammlung in der Flora, haben uns gezeigt, wie notwendig es ist, Vertreter in die Ortskrankenkasse zu wählen, die die Interessen der Mitglieder sowie die der Krankenkasse thätig vertreten im Stande sind, ohne die Grundzüge der Arbeiter zu verletzen.

Um nun auch jeder Gewerkschaft Gelegenheit zu geben, mit ihren Vertretern in ständiger Fühlung zu stehen, hat das Gewerkschaftskartell die diesjährige Wahl in die Hand genommen, und gleichzeitig den Beschluß gefaßt, daß jeder Generalversammlungsvertreter gewerkschaftlich organisiert sein muß.

- 1. Abteilung (weiß): Meusch, Franz, Tischler.
- 2. Abteilung (rot): Glanzmann, Joseph, Textilarbeiter.
- 3. Abteilung (grün): Fischer, Konrad, Buchdrucker.

Uebrigens sind unsere Wahlzettelverteiler am Wahllokal mit dem Plakat: Liste des Gewerkschaftskartells erkennlich. Prüfe ein jeder seinen Wahlzettel genau, bevor er an die Wahlurne tritt, um jeden Irrtum zu vermeiden und keinen Stimmenverlust zu verursachen.

Die Wahl findet statt für die Klassenmitglieder mit den Anfangsbuchstaben:

- A-G** am Dienstag den 25. Februar
  - H-L** am Mittwoch den 26. Februar
  - M-R** am Donnerstag den 27. Februar
  - S-Z** am Freitag den 28. Februar
- von mittags 12 bis abend 1/2 10 Uhr — ohne Unterbrechung — im Theaterkaale des Rathhauspalastes Leipzig Wintergärtenstraße Nr. 17/19.

Wahlberechtigt ist jedes männliche und weibliche Klassenmitglied, das das 21. Lebensjahr vollendet hat und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet.

Nach sei noch darauf hingewiesen, daß sämtliche Arbeiter der Holz- und Metallindustrie sowie diejenigen des Baugewerks, die in einer Buchdruckerei oder Buchbinderei beschäftigt sind, nicht in der 1. Abteilung wählen, zu der sie infolge ihres Berufes sonst gehören würden, sondern in der 3. Abteilung, zu der das gesamte graphische Gewerbe gehört.

Dasselbe gilt bezüglich der 3. Abteilung hauptsächlich für die Marktbesitzer, die nur insoweit in der 3. Abteilung wählen, als ihr gegenwärtiger Prinzipal zu dieser Abteilung gehört.

Wäge also im Interesse der glatten Abwicklung der Wahlgeschäfte ein jeder Wähler genau auf diese Bestimmungen achten.

### Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 20. Februar.

**Wegen versuchter Abtreibung der Leibesfrucht** wurden nach einer nichtöffentlichen Verhandlung von der III. Strafkammer die Fabrikarbeiterinnen Anna Selma R. aus L.-Sellershausen und Ida Marie F. aus Taucha zu je fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Leipzig, 21. Februar.

**Ein ungetreuer Arbeitskollege.** In der Fabrik von Rapp und Haberland in Oschatz, in der 140-150 Arbeiter beschäftigt werden, hatten 14 Arbeiter im Februar v. J. beschloffen, von ihren Arbeitssöhnen einen Teil zurückzugeben und bis Weibachten aufzuheben, um es dann zum Fest zu verwenden. Mit der Verwahrung der Gelder, die sich bis zum Dezember 1895 auf 336 Mark summirt hatten, betrauten sie den 38 Jahre alten Fabrikhelfer Ernst Gustav Köhler aus Weinberge. R. verwendete aber das Geld in eigenem Nutzen und mußte sich darum vor der III. Strafkammer wegen Unterschlagung verantworten. Zu seiner Entschuldigung führte R. an, daß er

krank gewesen sei, seine Frau eine schlechte Wirtschaftlerin und er mit dem Gelde deren Schulden bezahlt habe. Das Gericht verurteilte ihn zu fünf Monaten Gefängnis.

### Schwurgericht.

Leipzig, 20. Februar.

**Der versuchten Mordnacht und Nötigung** angeklagt, hatte sich der 29 Jahre alte frühere Geschäftsführer und jetzige Hausarbeiter Friedrich Oswald Meßner aus Nerchau zu verantworten. Die Verhandlung war nicht öffentlich. Unter Annahme mildernder Umstände wurde Meßner zu fünf Monaten einer Woche Gefängnis und ein Jahr Ehrverlust verurteilt.

### Standesamtliche Nachrichten.

Vom 9. bis mit 15. Februar 1896.

#### Standesamt IV.

(Umfahrt die Stadtteile Lindenau, Plagwitz, Kleinschöcher und Schleusig.)

**Eheschließungen:** Loubwin, Emil Karl, Kürschner, mit Romig, Marie Elisabeth, in Lindenau. — Schönherdt, Max Alfred, Expedient in Gohlis, mit Tuschke, Johanna Martha, in Schleusig. — Trinds, Paul Ernst Robert, Handarbeiter, mit Kroeber, Anna Ottilie Ottilia, in Lindenau. — Polenz, Johann August Friedrich, Schlosser in Leusch, mit Merker, Martha Ida, in Lindenau. — Nevoles, Anton, Schlosser, mit Harmsel, Maria, in Plagwitz. — Rummelt, Friedr. Gustav, Fabrikarbeiter in Lindenau, mit Schuboh, Charlotte Sophie Anna, in Plagwitz. — Müller, Friedrich Herm., Radler, mit Schneider, Friederike Emilie, in Kleinschöcher. — Voigt, Karl Albert Eduard, Gravur in Leipzig, mit Schmidt, Helene Martha, in Lindenau. — Rogel, Emil Wilhelm Max, Handarbeiter, mit Reimer, Therese Anna, in Lindenau. — Zusammen 9.

**Geburten:** Schuricht, Arthur, Fabrikarbeiters L. — Bräuer, Ernst Bruno, Schaufelbesizers S. — Liebchner, Gustav Emil, Schmieds L. — Doemel, Robert Otto, Kypographens S. — Troll, Paul Richard, Kassen-Assistentens L. — Weisch, Ernst Adolf, Klempners S. — Schreyer, Johannes Paul, Kartonnagen- und Schneiders S. — Jope, Karl Heinrich, Kohlenhändlers S. — Kubert, Friedrich Paul, Lehrers S. — Böhme, Friedrich Robert, Eisenbrechers S. — Kösewig, Karl Hermann, Handarbeiters S. — Schramm, Otto Hermann, Zimmermanns L. — Kießling, Hermann Theodor, Marktbesizers L. — Döring, Friedrich Gustav, Marktbesizers L. — Kirchhoff, Gustav Adolf Arthur, Bohrers L. — Häfiche, Ernst Hermann, Marktbesizers S. — Sterzing, Moritz Heinrich, Handarbeiters L. — Pfeifer, Karl Stephan, Arbeiters S. — Schuster, Friedrich August, Bäckers S. — Hülke, Franz Rich. Sergeantens S. — Adam, Karl Hermann, Handarbeiters S. — Werheidowsky, Karl Bernhard, Wartenmeisters L. — Schmidt, Karl Heinrich Kurt, Fabrikarbeiters L. — Renner, Gustav Hermann, Gärtners L. — Wähler, Ferdinand Clemens, Architektens S. — Kleh, Friedrich Wilhelm, Zimmermanns S. — Eckardt, Otto Gust. Richard, Lehrers S. — Kühn, Rudolf Hermann, Tischlers L. — Rophberg, Ernst Hermann, Stellmachers L. — Rärten, Heinrich Otto Eduard, Marktbesizers L. — Braunsch, Gottlieb Aug. Robert, Lageristens L. — Thiele, Franz Julius, Bäckers Zwillingens S. und L. — Steyer, Friedrich Hermann, Tischlers L. — Hahn, Robert Paul, Lehrers Zwillingens-Söhne. — Gruner, Hermann August, Glasers S. — Schröder, Friedrich Wilhelm Marktbesizers S. — Lunath, Emil August, Comptoiristens L. — Winkelmann, Wilhelm Ferdinand, Zimmermanns L. — Schönfeld, Ernst, Schlossers S. — Lorenz, Friedrich Hermann Robert, Laternenwärters L. — Rudolph, Karl Ernst, Geschäftsführers L. — Schaaf, Ernst Erich, herrschaftlichen Dieners L. — Haug, Johann Ernst Karl, Färbers S. — Dörfler, Julius, Tischlers L. — Sperlich, Johann, Schuhmachers L. — Schulle, Christoph Wilhelm Heinrich, Pferdehofschaftners S. — Thurich, Ernst Robert, Briefträgers S. — Albrecht, Friedrich August, Handarbeiters L. — Spillner, Ernst Max, Eisenbrechers L. — Außerdem wurden gemeldet 5 uneheliche Mädchen und 2 uneheliche Knaben. — Zusammen 68.

**Gestorbene:** Teichert, Johanne Marie, geb. Teutscher, Mechanikers Ehefrau, 34 J. 1 M. 1 L. — Nagel, Emma Frida, Schmieds L., 1 J. 5 M. 20 L. — Klein, verw., Christiane Wilh. geb. Wilschhoff, Handarbeiters Witwe, 74 J. 2 M. 20 L. — Jonad, Johann Karl August, privat, herrschaftl. Kutscher, 68 J. 11 M. 13 L. — Köhn, Martha Anna, Fabrikarbeiterin, 19 J. 6 M. 27 L. — Reuhl, Johann August, Bergmann, 56 J. 10 M. 19 L. — Kofsch, Frh. Alexander Paul, Maler, 27 J. 10 M. 15 L. — Lange, Katharine Marie Gertrud, Gärtnereibesizers L., 8 M. 21 L. — Braun, Johann David Hermann, Kürschnermeister, 60 J. 8 M. 6 L. — Archimann, Anna Martha, Schlossers L., 3 J. 4 M. 17 L. — Sturm, Frida Lucie Charlotte, Barbiers L., 2 J. 1 M. 12 L. — Volpert, Arthur Karl, Schlossers S., 7 J. 1 M. 4 L. — Riebhagen, Eisa Gertrud, Schriftsetzers L., 25 L. — Röhle, Friedr. Kurt, Fabrikarbeiters L., 3 J. 18 L. — Otto, Rudolf Max, Comptoiristens S., 1 J. 4 M. 16 L. — Wöhlers, Willy Walter, Maurers S., 2 M. 17 L. — Kopsch, Hermann Arthur, Handarbeiters S., 9 M. 19 L. — Zusammen 21 Todesfälle (einschl. 2 totgeborenen und 2 unehel. Kindern).

#### Standesamt V.

(Umfahrt die Stadtteile Connewitz und Lößlig.)

**Eheschließung:** Thieme, Otto, Handarbeiter, mit verw. Thieme geb. Tröbler, Emilie Ida, in Connewitz. **Geburten:** Müller, Wilhelm Richard, Werkführers L. — Oswald, Friedrich August, Handarbeiters L. — Schubert, Adolf Franz Albert, Klempners L. — Hoffmann, Franz Ferdinand Hermann, Schuhmanns S. — Dehe, Karl Ernst Richard, Viehhaltungsgeschäftens L. — Stühlik, Friedrich Karl, Maschinists S. — Burkhardt, Karl Eduard Viktor, Gasanstaltsarbeiters S. — Kircke, Hermann Karl, Schriftsetzers S. — Müller, Valentin Albert Bernh. L. — Kriminalassistentens S. — Wöhme, Franz Wilh., Maurers L. — Schulze, Gottfried August, Schankwirts S. — Zusammen 12 Geburten (einschließlich 1 uneheliches Mädchen). **Gestorbene:** Jahn, Eddy, Stellmachers L., 7 J. 5 M. 1 L. — Schäffner, Ernst Wilhelm, Privatmann, 68 J. 10 M. 23 L. — Zusammen 2 Todesfälle.

### Soziale Rundschau.

**Die elende Lage der Konfektions- und Näherrinnen** beschäftigt gegenwärtig alle Bevölkerungsklassen Deutschlands. In fast allen Orten, wo Konfektion gefertigt wird, macht man den Versuch, die kassesten Mißstände in dieser Industrie zu beseitigen. Im Gegensatz zu Stettin ist das Unternehmertum fast überall in eine sachliche Prüfung unserer Forderungen eingetreten. Die Stettiner Großkonfektionäre (26 Firmen) haben einen Ring gebildet, um die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen niederzukämpfen, und damit die Lebenslage dieser Arbeiter noch tiefer herabzubringen. Es steht zweifellos fest, daß, wenn die Unternehmer siegen, alle diejenigen dauernd ausgesperrt werden, die im Vordertreffen dieser Bewegung stehen. Es sind augenblicklich ca. 2000 Mann am Streik beteiligt, in den nächsten Tagen werden sich dem noch ca. 2000 Näherinnen anschließen. Zusendungen sind zu richten an Deonhard Faust, Stettin, Restaurant Barov, Rosengarten 6, I.

**s. Aus Schleffen, 20. Februar.** In Görtzig haben in

einer gestern abend stattgehabten öffentlichen Versammlung 500 Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsindustrie einstimmig beschloffen, in den Streik einzutreten, da die Bewilligung der bekannten Forderungen von den Unternehmern rundweg abgelehnt wurde.

### Aus der Partei.

**Unser verhafteter Kollege Dr. Adolf Braun,** so schreibt der Vorwärts, befindet sich noch im Polizeigefängnis am Alexanderplatz, ohne daß die Ursache seiner Verhaftung bislang bekannt geworden wäre. Auch sonst liegen über diese ebenso rätselhafte als für unsere Rechtszustände bezeichnende Affäre keine Mitteilungen vor, es sei denn, man brähte eine (gestern von uns mitgeteilte) Meldung damit in Verbindung, die der polizeifreier Staatsbürger-Zeitung zuge tragen worden ist.

### Vereine und Versammlungen.

**Eine Bezirks-Holzarbeiter-Versammlung** fand am Montag den 17. v. M. im Restaurant zur Nachtigall in Gohlis mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft. 2. Die Lage in den Musikwerkfabriken. 3. Gewerkschaftliches. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Meusch und wurden seine Ausführungen beifällig aufgenommen. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung schilderten mehrere Redner die Verhältnisse in den Musikwerkfabriken, die nicht die richtigen sind und wo Wochenlöhne von 28 Mk. nur ganz vereinzelt gezahlt werden. Die in der Floraverammlung gewählte Lohnkommission wurde beauftragt, die Verhältnisse innerhalb der Musikwerkfabriken einer besonderen Prüfung zu unterziehen.

### Von Nah und Fern.

**Hamburg, 21. Febr.** Der von hier abgegangene Dampfer Hamburg kam brennend in Antwerpen an. Das Feuer hatte furchtbare Verheerungen im Vordertheile des Schiffes angerichtet.

**Mießbaden, 20. Februar.** Die hiesige Strafkammer verurteilte den russischen Hochstapler Joh. v. Gengel aus Warschau wegen Falschprelerei und Betruges zu zwei Jahren Gefängnis.

**Barmen, 20. Februar.** Die große Riemendreherei von Karl Friedrich Springhaus ist vollständig niedergebrannt. Der Schaden ist bedeutend.

**Oriz, 19. Februar.** Die neuerbaute Gendarmekaserne droht einzustürzen, da das Holzwerk morsch ist und die Mauern und Decken geborsten sind. Stützpfeiler wurden vorgenommen und die gefährdete Mannschaft delogiert. Untersuchung ist eingeleitet.

**Brüssel, 20. Februar.** Dem Bankier Barducci aus Konstantinopel, der sich zur Erledigung von Geschäften hier aufhält, sind aus seinem Hotelzimmer Wertpapiere und Bargeld im Betrage von 1 1/2 Millionen Franken (1200000 Mark) gestohlen worden. Der Thäter ist unbekannt.

**Cannes, 19. Februar.** Ein früherer Mitscher der hiesigen Eiswerke, Michelis, erschoss heute aus Rache den Direktor der Anstalt, Guibet, und tötete sich dann selbst durch einen Schuß in die Schläfe.

**Paris, 20. Februar.** Aus Grande Combe wird mitgeteilt, daß die Erdrutschungen, die vor einigen Tagen begannen, fort dauern und die Ortschaft selbst, sowie das zu ihr gehörende Bergwerk, wo 4-5000 Arbeiter ihr Brot verdienen, sehr bedroht ist. Die Ursachen des Erdruffes werden in dem Einbringen von Gewässern in den Berg vermutet.

**Leigh (Lancashire), 20. Februar.** Durch Umschlagen eines Förderkorbes in einer der hiesigen Kohlengruben kamen acht Bergleute ums Leben.

**Warrington (Lancashire), 20. Februar.** In der Baumwollfabrik von Armitage u. Rigby entstand heute eine Feuerbrunst, durch die ein Schaden von ungefähr 20000 Pfd. Sterl. verursacht wurde. 1300 Arbeiter und Arbeiterinnen sind infolge des Brandes frolos geworden.

**Buenos Aires, 18. Februar.** Wie aus Rio de Janeiro hierher gemeldet wird, sind aus Oesterro (Provinz Santa Catarina, Südost-Brasilien) Nachrichten eingetroffen, denen zufolge eine deutsche wissenschaftliche Expedition von Indianern überfallen und der Forschungsreisende Hermann Mayer verwundet worden sei.

### Briefkasten der Redaktion.

- H. P. Schnefeld.** Sehr wacker empfunden, aber nicht druckreif. Gruß!
- H. R.** Uns ist eine derartige Bekannmachung noch nicht zu Gesicht gekommen.
- D. R. u. Gohlis.** Die Deutsche Färberzeitung erscheint im Verlage von Georg D. W. Callwey in München.
- Sint., Pl.** Sie senden uns einen Brief mit der Anrede: Welter Herr L. Vermuthlich an die falsche Adresse geraten. Wir wissen wenigstens nichts mit dem Briefe anzufangen.
- H. und G. H., Arznerstraße.** Direktor Thme, Leipziger Kreditanstalt, Brühl, und Direktor Schay, in Firma Weder u. Co., Hainstraße.

### Ankunft in Rechtsfragen.

- P. F., Plagwitz.** Die Geburtsheime. Die Braut braucht auch die Einwilligung ihrer Mutter.
- G. C., Kleinschöcher.** Wenn Ihnen die Herausgabe nicht verweigert wird, können Sie das Kind vorläufig zu sich nehmen, ohne die Entscheidung des Gerichts abzuwarten.
- F. A. G., Lindenau.** Ihre Frage ist unverständlich. An wen meinen Sie denn, daß Meldung erstattet werden müsse? An den Sohn oder an das Gericht?
- W. W., Geburtsheim** und, falls Sie noch nicht 18 Jahre alt sind, die Einwilligung Ihres Vaters oder Vormundes.
- M. H., St. 1.** Nur nach vollendetem 6. Lebensjahre und nur wenn der Vater nachweist, daß das Kind bei ihm besser versorgt sein würde, als bei der Mutter. 2. Auf die Anwesenheit dritter Personen braucht keine Rücksicht genommen zu werden. 3. Werden Gegenstände, die das Eigentum der Frau sind, gepfändet, so muß die Frau sie beim Amtsgericht reklamieren. Das in der Ehe Erworbene ist gemeinsames Eigentum.
- F. P., Marktstraße.** Sie haben allerdings auf Grund des § 11 des Strafgesetzes das Recht, die Aufnahme einer Verurteilung in den dortigen Stadt- und Landboten zu verlangen. Sie müssen sich aber ausdrücklich auf den angegebenen Paragraphen des genannten Gesetzes berufen. Wird die Aufnahme abermals verweigert, so können Sie beim dortigen Amtsgericht klagbar werden.

**Günthers Bier- und Speisehaus, Brühl 74.**  
Empfehle kräftigen Gemüts-Mittagstisch, à Portion 40 Pfg.

**Restauration Friedrichstrasse Nr. 29.**  
Sonabend letzter Anblick des Bodlivers. Zum Vortrag gelangt: „Mies fidel.“ — Hierzu ladet Freunde und Bekannte ergebenst ein **Ludwig Schubert.**

**Restaurant z. Gambrinus, Kreuzstrasse 48.**  
Bringe meine Lokalitäten in freundl. Erinnerung (großes Gesellschaftszimmer). **Guten kräft. Mittagstisch.** Kasse und warme Speisen. Hochfeines Bayerisch u. Lagerbier. Ergebenst **Hermann Holzhausen.**

**Restaurant Sonnenhof, Plagwitz.**  
Sonntag den 23. Februar **Preis-Skaten.** Interessenten sind freundlichst von 4 Uhr ab **großes Preis-Skaten.** Interessenten sind freundlichst von 4 Uhr ab **großes Preis-Skaten.** Interessenten sind freundlichst von 4 Uhr ab **großes Preis-Skaten.**

**Burgkeller, Plagwitz, Zschochersche Str.**  
Sonabend den 22. Februar **Großes Konzert** der sehr beliebten **Oberbayerischen Oberländer-Gruppe** **Mis in Rationalkraft.** 1587

**Restaurant Kamerun, Plagwitz, Nonnenstr. 52**  
empfehle meine freundlichen Lokalitäten, **Speisen und Getränke** hochfein. **Sonnabends Schweinsknochen.** **Sonntags Speckfischen.** **Herm. Richter.**  
**Vereinszimmer** noch für einige Tage frei. [921]

**L-Plagwitz, Restaurant und Café National, Karl Heine-Strasse 71.**  
Halte meine Lokalitäten sowie **Vereinszimmer** bestens empfohlen. Verschiedene **Tageszettungen** liegen aus, darunter **Borwärts, Uebch, Novosti u. Raspol.** **Biere u. Speisen** v. bekannt. **Witze, Sonntags früh Speckfischen.** **Achtungsvoll Karl Müller.**

**Glückauf! Restaurant z. Hoffnung Glückauf!**  
**L-Lindenau, Merseburger Str. 140, am Friedhof.**  
Sonabend und Sonntag **Großes Bodliverfest** und **Konzert** mit **komischen Vorträgen.**  
Für seine **Bodliverfischen** und ein **hochfeines Bier** ist gesorgt.  
Hierzu ladet ergebenst ein [1580] **A. Rodling.**

**Restauration z. Weinberg, Windorf.**  
Morgen **Sonnabend Bockbierfest** verbunden mit **Zitterkonzert.** ff. **Bodliverfischen** und selbstgebackene **Pfannkuchen.** [1576] **Achtungsvoll W. Schneider.**

**Großes humorist. Bockbierfest.**  
Dabei empfehle ff. **Bodliverfischen** u. **Pfannkuchen.**  
Hierzu ladet **Freunde u. Bekannte** ergebenst ein **H. Bachmann.**

**Restaurant Petersruh, Volkmarisdorf, Bergstr. 24.**  
Morgen **Sonnabend und Sonntag** **Großes Bockbier-Fest** mit **Freikonzert.**  
1. **Anstich** des hochfeinen **bayerischen Bodlivers** aus der mehrfach prämierten **Exportbierbrauerei Louis Weiss in Culmbach i. B.**  
Dabei empfehle ff. **Bodliverfischen.** **Netlich gratis.** [1558]  
Um **gütigen Zuspruch** bittet **Otto Waner.**

**Halt! Achtung!**  
**Restaurant zum Jakob**  
**Jakobstrasse Nr. 12. L-Sellerhausen Jakobstrasse Nr. 12.**  
Empfehle allen meinen **Freunden** und **Bekanntem** meine **freundl. Lokalitäten.** **Gute Biere, Küche** in **bekannter Güte.** — **NB. Täglich früher Anstich** meines **Bockbieres** (eines der besten der **Dorstadt**). **Dazu echt bayerische Bodliverfischen, Netlich gratis.**  
Um **gütigen Zuspruch** bittet [1530] **Emil Fiedler.**

**Markthallenstand Nr. 25, 26 u. 27**  
**Robert Röser, Fleischermeister.** [1080]

Nur Ochsenfleisch . . . 60 u. 65 Pf.	ff. handshl. Blut- und Leberwurst . . . 55 Pf.
ff. Hammelfleisch . . . 60 Pf.	ff. Jungerwurst . . . 80 Pf.
ff. Schweinefleisch . . . 60 Pf.	ff. Knackwurst . . . 70 Pf.
ff. Roteletts . . . 70 Pf.	ff. Mettwurst . . . 80 Pf.
ff. Kalbfleisch nur . . . 55 Pf.	ff. Polnische Knackwurst . . . 80 Pf.
ff. geräuchert. Landschweine-Speck . . . 70 Pf., bei 5 Pf. . . 65 Pf.	ff. Pöschelrippchen u. Keule . . . 65 Pf.
ff. Thüringer Landschwein-Schinken . . . 80 Pf.	Schweinsknochen . . . 30 Pf.
ff. Schwarzfleisch 70, bei 5 Pf. 65 Pf.	Selbstausgebratenes Fett . . . 70 Pf.
	ff. Würstchen . . . 60 Pf.

**Neuheiten!**  
**Grösste Auswahl**  
**in Herren-Anzügen**  
von 12 Mark an  
**Ernst Schubert**  
Zeitzer- und Sophienstrassen-Ecke.

**J. Schneider & Co.**  
**Speditionen- u. Kohlen-Geschäft**  
**Ritterstrasse 19**  
Ameinderreter der **Rositzer Braunkohlenwerke, A. G.** empfehlen ihre wiederholt mit **ersten Preisen** gekrönten  
**Rositzer Briquetts, Marke „Rositz“**  
**Beste Delsnitzer Steinkohlen und Steinkohlen-Briquetts, vorzügl. Brucher und Duxer Braunkohlen, engl. Anthracitkohlen**  
zu **billigsten Tagespreisen** prompt und reell.  
**Kohlenniederlage: Neuhäuser Straße 15.**

**Südvorstädtische Möbelhalle**  
empfehle **vollständige Möbel-Ausstattungen** vom **einfachsten bis zum feinsten** unter **Garantie** zu **außerordentlich billigen Preisen!** [1956]  
**Karl Sänger, Tapezierer, Südstr. 9, Ecke Arndtstr.**

**Ernst Schubert**  
Zeitzer- und Sophienstrassen-Ecke.  
**Confirmations-Anzüge**  
von 10 Mark an in schönster Auswahl. [1928]

**Hermann Weidlich, Tapezierer**  
Altestrasse 4 (Wohnung) Plagwitz Mühlenstr. 23 (Werkstatt)  
empfehle mich zum **Reinmalerischen u. Ausputzen** von **Sofas, Matratzen** etc. **Tapezieren** und **dekorieren** aller Räume. [358]

**Emallierte Kochgeschirre.**  
Billigste Bezugsquelle. Verkauf nach Gewicht.  
Lassen von 25 Pfg. an. Einer von 1 Mt. an, **eiserne Kochgeschirre, Lampen** und **sämtl. Wirtschaftsartikel** billiger als jede Konkurrenz.  
**Otto Wagner, Leipzig, Nikolaistraße 6.**

**W. Bergemann**  
**Färberei und Waschanstalt**  
Thomaskirchhof 5  
empfehle mich im **Färben** von **Herren- und Damen-Garderobe** in **Wolle** und **Seide** zu **allen Modelfarben.** **Abgetragene Kleider** aufzufärben, **reinigen** von **Damen-Kleidern** im **ungetrennten Zustande,** **Färben** von **Federn** und **Handschuhen.**  
Aufträge werden **gewissenhaft** ausgeführt. [778]

**Reichsstr. 9. Die Reichsstr. 9.**  
**Auflösung meines Engros-Lagers**  
veranlaßt mich, die **Restbestände** in **Tricotagen, Strumpf- und Wollwaren, Barchenthemden**  
in **frühester Zeit** vollständig aufzulösen.  
Es bietet sich dem **Bedarf** habenden **Publikum** Gelegenheit, die **eingangs** erhöhten **Artikel** **25 Prozent** unter dem **wirklichen Wert** einzukaufen.  
Ferner **offertiere** ich ein **größeres Quantum** in den **Schaufenstern** **schmutzig** gewordener **Wäsche** zu **jedem annehmbaren Preise.**  
**A. Blum, Reichsstrasse 9.**

**Die Deutsche Schuhfabrik, Erfurt**  
Filiale: **Leipzig, Zeitzer Str. 37**  
empfehle ihre **reichhaltiges Lager** sämtlicher **Schuhwaren**  
zu **billigsten Preisen.**  
**Große Auswahl** in **filz- u. Gummischuhen.** [445]  
**Bestellungen** nach **Mass** und **Reparaturen.**  
Rindfleisch 55-65 Pf., Talg 50 Pf., Schweinefleisch 55-80, Gehacktes 70, Kalbfleisch 55-80, Wurst bei 5 Pf. 55, Hammelfleisch 55-80, Pökelfleisch 60, Markthallenstand 20.  
Karpfen, Weissfische Schollen, Angelschellfische, grüne Serringe empfohlen [1570]  
Gedr. Zühlendorff, Neuschönefeld Eisenbahnstr. 68.  
Handschlakt. Blut- u. Leberw. 65 Pf. Krüger, Volkmarisdorf, am Markt. Cigarren-Weber, Volkmarisdorf, Bergstrasse.

**Restaurant Blauderflüchen**  
Gumboldtstraße 8.  
Jeden **Freitag Doppel-Schlachtfest.** **Sonnabend** und **Sonntag Bodliverfest.** ff. **Groß. u. echt Culmbacher (Hans Weg).** **Netlich gratis.** **Sonabend R. Hollmann.**

**Moltkebrücke, Moltkestr. 5.**  
**Freunde** und **Gesellen,** vergesst den **sanften Richard** nicht. [2188]

**Speisewirtschaft Bauhofstraße 8,** **Wollfender der**  
**Turner- und Ränderger Straße,** **à Portion 80 Pfg., ohne Bierzwang, Mittags-** **tisch** von **12-1/3 Uhr.** **Mittwoch** und **Sonnabend** **abends Kartoffeln** u. **Beering.**

**22 Markthallenstand 22.**  
Frisches **Schweinefleisch** 60, **Bauch** 55, **Pökelfleisch** 65, **Schweinsknochen** 80, **Speck** u. **Schwarzfl.** 70, **Knackwurst** 70, **Cervelatwurst** v. **L. An.** **Blut-** u. **Leber-** **wurst** 55, **selbstausgebr.** **Fett** 70, **Wurst** 80.

**Dr. Lind-, Schweine-, Schöpfen- und** **Kalbfleisch** sowie **gute hausl. Wurst** **empf. Markthalle 41, Galerie 121.**

**Rindfleisch, à Pfd. 65 Pf., b. 5 Pf. 60 Pf.,** **Schweinefleisch 60-65, b. 5 Pf. 65-80,** **Schöpfenfleisch 60-65, b. 5 Pf. 60 Pf.,** **Pökelfleisch, Pfd. 65 Pf., b. 5 Pf. 60 Pf.,** **Roteletts, à Pfd. 70 Pf. [1508]**

**G. Schumann, Lindenau** **Gumborfer Straße 18.**

**Markthalle, Galeriestand** **Nr. 151.** **Prima Schweinefleisch.**

**Ernst Zeugner**  
**Reudnitz, Kreuzstr. 31.**  
Die **letzte Sendung** frisch **geschossener** **schlef. Gänse** ist **diese Woche** **eingetroffen** und **verkaufe** dieselben **getreift** und **ge-** **spickt** **sehr** **billig.** **Prima fette Dresdener** **Gänse,** **auch** **teilweise.** **Verpunde** **heute** **und** **morgen** **mehrere** **Sierche** **u. Rehe.** **ff. fette** **Enten,** **Brats** **und** **Koch-** **fähner,** **junge** **Dähnchen.** **ff. frisches** **Gänsepökelfleisch.**

**Gummiwaren-Bedarfs-** **Artikel**  
A. **Gesundheitspf.** **empf. i. b. st. Cant. h. H.** **G. Dietz, Al. Felsberggasse 21, L.** **Preisliste** auf **Wunsch** **gegen** **W. M.**

**Mein**  
**Waren-**  
**Credit-**  
**Geschäft**

bietet **Jedermann** die **günstigste** **Gelegenheit,** **sich**  
**Herren-} Anzüge,**  
**Knaben-} Mäntel,**  
**Knaben-} Neberzieher,**  
**Zadets,} Sofen, Westen**  
**Damen-} Zadets,**  
**Mädchen-} Mäntel,**  
**Großes Lager** in **Confirmanden-Sachen** **für** **Knaben** **u. Mädchen.** **Kleiderstoffe,** **Gardinen** **Cachemirs,** **Bettzeuge** **Tisch- und Bettdecken** **Möbel** **und** **Betten** **auf** **die** **leichteste** **Weise,** **b. h.** **auf** **Abzahlung** **zu** **beschaffen.**

**L. Cohn**  
„Am Westplatz“  
Eingang:  
**Colonnadenstr. 34, I.**

Die **Auswahl** ist **unüber-** **troffen!** **Die** **Preise** **sind** **erstaunlich** **billig!** **Die** **Qualitäten** **sind** **bessere** **als** **anderwo!** **Die** **Zahlungsbedingungen** **sind** **so** **günstig** **wie** **irgendw.**

[1587]

**Ia. Radbruch-Schmalz**  
à **Pfund** **48 Pfg.**

**Ia. bayerische Schmelzbutter**  
à **Pfund** **90-100 Pfg.**

**Mehl** in **diversen** **Sorten** **und** **Hefe**  
zu **billigsten** **Preisen** **offeriert** [1268]

**F. Beerholdt, Markt 5.**